



## **Standard-Eurobarometer 82 Herbst 2014**

# **DIE ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EUROPÄISCHEN UNION**

## **ERSTE ERGEBNISSE**

Befragung: November 2014

Veröffentlichung: Dezember 2014

Diese Umfrage wurde von der Europäischen Kommission, Generaldirektion Kommunikation in Auftrag gegeben und koordiniert.

[http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

Dieses Dokument gibt nicht die Meinung der Europäischen Kommission wieder.  
Die darin enthaltenen Interpretationen oder Ansichten sind ausschließlich die der Autoren.

**Standard-Eurobarometer 82 / Herbst 2014 – TNS opinion & social**

<b>Projektnummer</b>	2014.7256
<b>Projekttitel</b>	Standard-Eurobarometer 82 "Die Öffentliche Meinung in der Europäischen Union, Erste Ergebnisse"
<b>Sprachliche Version</b>	DE
<b>Katalog-Nummer</b>	NA-07-14-081-DE-N
<b>ISBN</b>	978-92-79-44549-1
<b>DOI</b>	10.2775/189696

**Standard-Eurobarometer 82**  
**Herbst 2014**

**Erste Ergebnisse**

Umfrage durchgeführt von TNS opinion & social im Auftrag  
der Europäischen Kommission,  
Generaldirektion Kommunikation

Umfrage koordiniert von der Europäischen Kommission,  
Generaldirektion Kommunikation  
(DG COMM Referat „Strategie, Corporate Communication-  
Maßnahmen und Eurobarometer“)

## INHALT

<b>EINLEITUNG .....</b>	<b>3</b>
<b>I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN .....</b>	<b>6</b>
1. DAS IMAGE DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND .....	6
2. DAS IMAGE DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE .....	7
3. VERTRAUEN IN NATIONALE REGIERUNGEN UND PARLAMENTE SOWIE IN DIE EUROPÄISCHE UNION: TREND .....	8
4. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND .....	9
5. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE .....	10
6. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND .....	11
7. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE .....	12
<b>II. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME DER EUROPÄER .....</b>	<b>13</b>
1. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF NATIONALER EBENE: ENTWICKLUNGEN .....	13
2. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF NATIONALER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE .....	14
3. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF EUROPÄISCHER EBENE: ENTWICKLUNGEN .....	15
4. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF EUROPÄISCHER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE....	16
<b>III. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND DER EURO .....</b>	<b>17</b>
1. DERZEITIGE LAGE DER NATIONALEN WIRTSCHAFT: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN .....	17
2. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: TREND .....	19
3. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN .....	20
4. ERWARTUNGEN AN DIE NÄCHSTEN 12 MONATE: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE .....	22
5. BEFÜRWORDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG, DEM EURO: TREND .....	23
6. BEFÜRWORDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG, DEM EURO: NATIONALE ERGEBNISSE .....	24
<b>IV. DIE EUROPÄISCHE STAATSBÜRGERSCHAFT .....</b>	<b>26</b>
1. DAS GEFÜHL, BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: TREND .....	26
2. DAS GEFÜHL, BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: NATIONALE ERGEBNISSE .....	27
3. DIE POSITIVSTEN ERRUNGENSCHAFTEN DER EU: ENTWICKLUNGEN .....	28

<b>V. PRIORITÄRE THEMEN .....</b>	<b>29</b>
<b>1. INVESTITIONEN .....</b>	<b>29</b>
<b>2. INDUSTRIE .....</b>	<b>30</b>
<b>3. BEFÜRWORDUNG EINER GEMEINSAMEN ENERGIEPOLITIK ZWISCHEN DEN EU- MITGLIEDSTAATEN .....</b>	<b>31</b>
<b>4. BEFÜRWORDUNG EINES FREIHANDELS- UND INVESTITIONSABKOMMENS ZWISCHEN DER EU UND DEN USA .....</b>	<b>32</b>
<b>5. MIGRATION .....</b>	<b>33</b>
<b>6. BEFÜRWORDUNG EINER GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN EINWANDERUNGSPOLITIK .....</b>	<b>34</b>
<b>SCHLUSSFOLGERUNG .....</b>	<b>35</b>

**ANHANG**    **TECHNISCHE HINWEISE**

## EINLEITUNG

Dieser Bericht präsentiert die ersten Ergebnisse der Standard-Eurobarometer-Befragung 82 (EB82), die vom 8. bis 17. November 2014 in 35 Ländern oder Gebieten durchgeführt wurde<sup>1</sup>: In den 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU), in den sechs Kandidatenländern (ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Türkei, Island, Montenegro, Serbien und Albanien) und in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft in dem Teil des Landes, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird.

Dieser Bericht zu den ersten Ergebnissen stellt eine Auswahl von Daten zu verschiedenen Themen wie z. B. zur europäischen politischen Situation und zur Wirtschaft vor. Er wird gemeinsam mit den Ergebnissen für die Standard-Eurobarometer-Fragen veröffentlicht, die im Anhang aufgeführt sind.

Die Befragung im Herbst 2014 wurde wenige Wochen nach der Ernennung der neuen Europäischen Kommission durch den Europäischen Rat am 23. Oktober 2014 durchgeführt. Vor ihrer Ernennung durchliefen die Kommissare eine Reihe von Anhörungen, bei denen sie Fragen der Mitglieder des Europäischen Parlaments beantworteten. Die Amtszeit der neuen Kommission unter Führung ihres Präsidenten Jean-Claude Juncker begann am 1. November 2014.

Vor seinem Amtsantritt gab der gewählte Präsident im Rahmen einer Erklärung vor dem Europäischen Parlament am 15. Juli 2014<sup>2</sup> und in seinen politischen Leitlinien die Prioritäten der neuen Kommission bekannt. Die zehn Politikbereiche, die er mit seiner Agenda für Arbeit, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel angehen will, sind: 1. Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen; 2. Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt; 3. Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik; 4. Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis; 5. Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion; 6. Ein vernünftiges und ausgewogenes Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten; 7. Auf gegenseitigem Vertrauen fußender Raum des Rechts und der Grundrechte; 8. Hin zu einer neuen Migrationspolitik; 9. Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne und 10. Eine Union des demokratischen Wandels.

Die vorangegangene Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2014 (EB81) wurde einige Tage nach den Europawahlen 2014 durchgeführt<sup>3</sup>. Ihre Ergebnisse waren von einem zunehmenden Optimismus im Hinblick auf die wirtschaftlichen Indikatoren geprägt – obwohl diese weiterhin auf niedrigem Niveau blieben –, und zeichneten sich durch einen leichten Anstieg der meisten Indikatoren zur Unterstützung der EU und eine deutliche Zunahme des Anteils jener Europäer aus, die glauben, dass ihre Stimme in der EU zählt – wobei sich Letzteres wahrscheinlich durch die zeitliche Nähe zu den Europawahlen erklärt.

---

<sup>1</sup> Die genauen Daten der Feldarbeit in den einzelnen Mitgliedstaaten finden sich in den technischen Hinweisen im Anhang.

<sup>2</sup> *Ein neuer Start für Europa: Meine Agenda für Jobs, Wachstum, Fairness und demokratischen Wandel. Politische Leitlinien für die nächste Europäische Kommission.* Text verfügbar unter: [http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg\\_de.pdf](http://ec.europa.eu/priorities/docs/pg_de.pdf)

<sup>3</sup> Die Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2014 (EB81) wurde zwischen dem 31. Mai und dem 14. Juni 2014 und somit unmittelbar nach den Europawahlen durchgeführt, die in der gesamten EU zwischen dem 22. und dem 25. Mai 2014 stattfanden.

Die Feldarbeit erfolgte kurz nach der Veröffentlichung der europäischen Wirtschaftsprognose vom Herbst 2014 durch die Europäische Kommission<sup>4</sup>. Für das gesamte Jahr 2014 wird ein BIP-Wachstum von 1,3% in der EU und von 0,8% im Euro-Zone erwartet, das somit leicht unter der Prognose vom Frühjahr liegt. Die Arbeitslosenquote in der EU bleibt hoch, weist aber eine positive Tendenz auf<sup>5</sup>: mit 10,1% im September 2014 bleibt die Arbeitslosenquote für die EU28 zwar seit August 2014 unverändert, ist dabei aber niedriger als im September 2013 (-0,7, zuvor 10,8%). Mit 11,5% zeigt sie sich auch im Euro-Zone stabil, wobei sie hier im Vergleich zum September 2013 deutlicher gesunken ist (-0,5, zuvor 12%).

Die Arbeitslosenquote für junge Menschen im Alter von weniger als 25 Jahren ist zwar weiterhin sehr hoch, ist aber seit September 2013 sowohl in den EU28 (21,6%, -1,9 im Vergleich zu 23,5% im September 2013) als auch im Euro-Zone (23,3%, -0,7 im Vergleich zu 24% im September 2013) gesunken.

Seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2014 haben in Slowenien, Schweden, Lettland, Bulgarien und Rumänien nationale Wahlen stattgefunden. Zudem wurde in Schottland am 18. September 2014 ein Referendum über die Unabhängigkeit abgehalten: 55% der Wähler entschieden, dass Schottland kein unabhängiger Staat werden soll.

Der vorliegende Bericht konzentriert sich auf die Ergebnisse für die 28 EU-Mitgliedstaaten und ist in fünf Teile gegliedert. Der erste Teil analysiert, wie die Europäer ihre politischen Institutionen wahrnehmen, und bezieht sich dabei sowohl auf die nationalen Regierungen und Parlamente als auch auf die EU und ihre Institutionen. Er untersucht zudem, ob die EU-Bürger das Gefühl haben, dass ihre Stimme in der EU zählt. Teil zwei widmet sich den wichtigsten Problemen der Europäer auf nationaler und europäischer Ebene. Anschließend wendet sich der Bericht den Fragen zu, wie die Umfrageteilnehmer die aktuelle wirtschaftliche Lage wahrnehmen, was sie für die nächsten 12 Monate erwarten und wie ihre Haltung zum Euro ist. Der vierte Teil befasst sich mit der Europäischen Staatsbürgerschaft, während sich Teil fünf auf die Meinungen der Europäer zu vorrangigen Themen wie Investitionen, Industrie, Energie, Handel und Migration konzentriert.

Die meisten dieser Fragen wurden bereits im Zuge vorangegangener Standard-Eurobarometer-Befragungen gestellt, sodass wir in diesen Fällen die Tendenzen der öffentlichen Meinung analysieren können.

---

<sup>4</sup> [http://ec.europa.eu/economy\\_finance/publications/european\\_economy/2014/pdf/ee7\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/economy_finance/publications/european_economy/2014/pdf/ee7_en.pdf)

<sup>5</sup> [http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY\\_PUBLIC/3-31102014-BP/EN/3-31102014-BP-EN.PDF](http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-31102014-BP/EN/3-31102014-BP-EN.PDF)

Die angewandte Methodik entspricht dem Vorgehen bei den Standard-Eurobarometer-Befragungen, die von der Generaldirektion Kommunikation (Referat „Strategie, Corporate Communication-Maßnahmen und Eurobarometer“) durchgeführt werden<sup>6</sup>. Im Anhang zu diesem Bericht befinden sich technische Hinweise zu den Interviews, die von den Mitgliedsinstituten des Netzwerks TNS Opinion & Social durchgeführt wurden. Dort sind auch die Konfidenzintervalle angegeben<sup>7</sup>.

In diesem Bericht werden folgende Abkürzungen verwendet:

ABKÜRZUNGEN			
BE	Belgien	LV	Lettland
CZ	Tschechische Republik	LU	Luxemburg
BG	Bulgarien	HU	Ungarn
DK	Dänemark	MT	Malta
DE	Deutschland	NL	Niederlande
EE	Estland	AT	Österreich
EL	Griechenland	PL	Polen
ES	Spanien	PT	Portugal
FR	Frankreich	RO	Rumänien
HR	Kroatien	SI	Slowenien
IE	Irland	SK	Slowakei
IT	Italien	FI	Finnland
CY	Republik Zypern*	SE	Schweden
LT	Litauen	UK	Vereinigtes Königreich
CY (tcc)	Türkisch-zyprische Gemeinschaft	EU28	Europäische Union – gewichteter Durchschnitt für die 28 Mitgliedstaaten
TR	Türkei	EURO-ZONE	BE, FR, IT, LU, DE, AT, ES, PT, IE, NL, FI, EL, EE, SI, CY, MT, SK, LV
MK	Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien **	NICHT EURO-ZONE	BG, CZ, DK, LT, HU, PL, RO, SE, UK, HR
IS	Island		
ME	Montenegro		
RS	Serbien		
AL	Albanien		

\* Zypern als Ganzes ist einer der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Der „Acquis communautaire“ (gemeinschaftlicher Besitzstand) ist jedoch in dem Landesteil aufgehoben, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird. Aus praktischen Gründen werden daher nur die Interviews, die im von der Regierung der Republik Zypern kontrollierten Landesteil geführt wurden, in der Kategorie „CY“ ausgewiesen und für den Durchschnitt der EU28 berücksichtigt. Die Interviews, die in dem Landesteil geführt wurden, der nicht von der Regierung der Republik Zypern kontrolliert wird, werden der Kategorie „CY(tcc)“ [tcc: Kategorie Türkisch-zyprische Gemeinschaft] zugeordnet.

\*\* Vorläufige Abkürzung, die in keiner Weise den endgültigen Namen dieses Landes vorwegnehmen soll, der nach Abschluss der derzeit bei den Vereinten Nationen laufenden Verhandlungen beschlossen wird.

\* \* \* \* \*

*Wir möchten allen Menschen in ganz Europa danken,  
die sich die Zeit genommen haben, an dieser Befragung teilzunehmen.  
Ohne ihre aktive Beteiligung wäre diese Befragung nicht möglich gewesen.*

<sup>6</sup> [http://ec.europa.eu/public\\_opinion/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm)

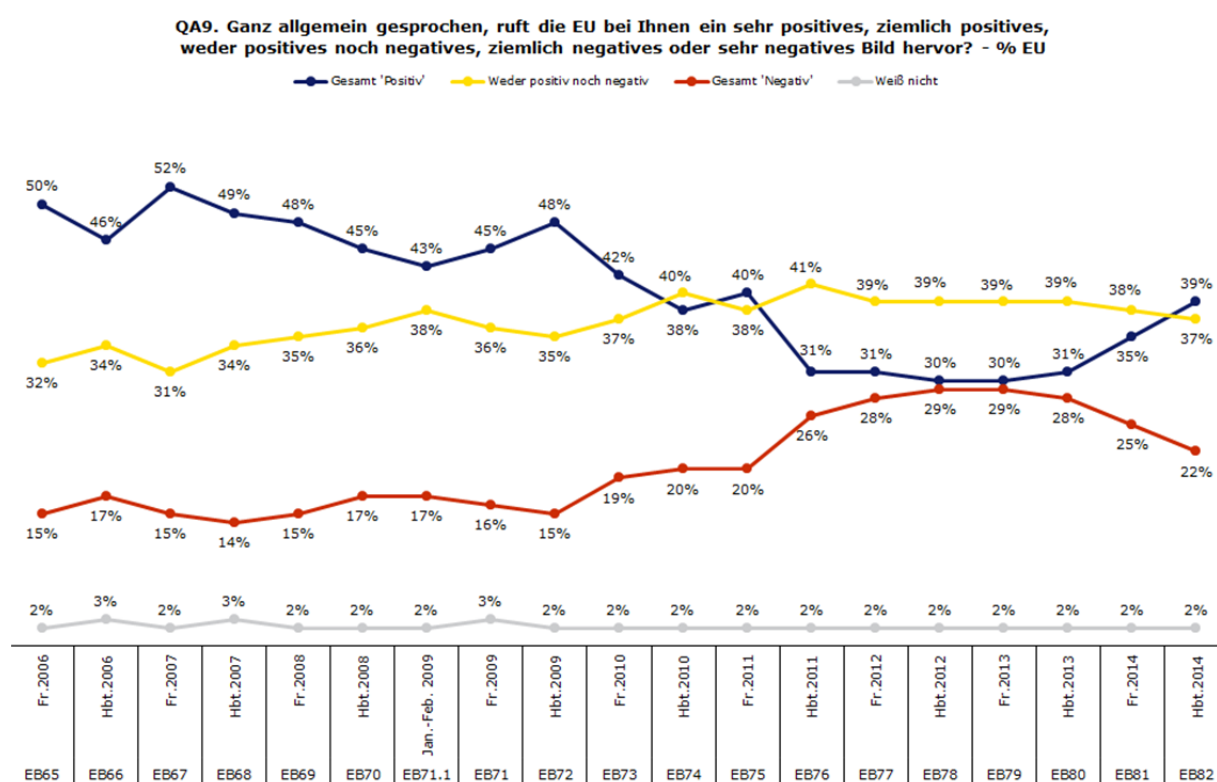
<sup>7</sup> Die Ergebnistabellen befinden sich im Anhang. Wir möchten darauf hinweisen, dass die in den Tabellen dieses Berichts angegebene Gesamtprozentzahl 100% übersteigen kann, wenn die Befragten die Möglichkeit hatten, zu einer Frage mehrere Antworten zu nennen.



## I. DIE EUROPÄER UND DIE POLITISCHEN INSTITUTIONEN

### 1. DAS IMAGE DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND

Das Image der EU verbessert sich weiter: eine Mehrheit der Europäer hat ein positives Bild von der EU (39%, +4 Prozentpunkte seit Frühjahr 2014). Bei 37% der Befragten ruft sie ein neutrales Bild hervor (37%, -1), während ein geringerer Anteil (22%, -3) ein negatives Bild von der EU hat. Zum dritten Mal in Folge steigt somit der Anteil der Europäer, die mit der EU ein positives Bild verbinden (+1 Prozentpunkt zwischen Frühjahr 2013 und Herbst 2013; +4 zwischen Herbst 2013 und Frühjahr 2014). Damit ist der Anteil der Europäer, bei denen die EU ein positives Bild hervorruft, zum ersten Mal seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2011 (EB75) größer als der Anteil derjenigen, die ein neutrales Bild von der EU haben.
































## 2. DAS IMAGE DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE

In 12 Mitgliedstaaten hat eine Mehrheit der Europäer ein positives Bild von der EU, dies gilt insbesondere für Polen (61%), Rumänien (59%), Irland (53%), Bulgarien (51%) und Luxemburg (51%), wo mehr als die Hälfte der Bevölkerung ein positives Bild mit der EU assoziiert. In den Niederlanden erweist sich der Anteil derjenigen, die mit der EU ein positives oder ein neutrales Bild verbinden, als genau gleich groß (37% positiv, 37% neutral, 26% negativ). In 12 Ländern haben die meisten Befragten ein neutrales Bild von der EU. In den übrigen drei Mitgliedstaaten ruft die EU bei der Mehrheit der Befragten ein negatives Bild hervor: in Griechenland (44%), auf Zypern (38%) und in Österreich (36%).

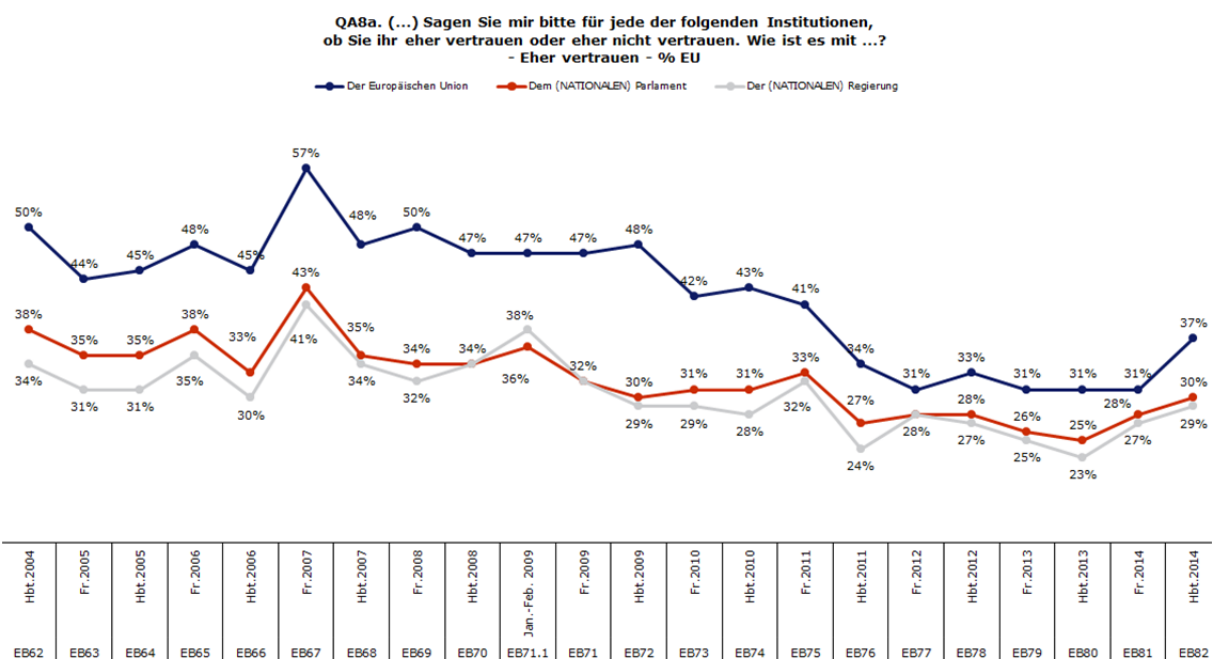
Der Anteil der EU-Bürger, die ein positives Bild von der EU haben, ist in 23 Ländern gestiegen, und zwar am deutlichsten in Irland (53%, +12 Prozentpunkte seit Frühjahr 2014), in Luxemburg (51%, +9), in Polen (61%, +9) und in der Slowakei (39%, +9).

QA9 Ganz allgemein gesprochen, ruft die EU bei Ihnen ein sehr positives, ziemlich positives, weder positives noch negatives, ziemlich negatives oder sehr negatives Bild hervor?

		Gesamt 'Positiv'	Unt. Hbt. 2014- Fr.2014	Weder positiv noch negativ	Unt. Hbt. 2014- Fr.2014	Gesamt 'Negativ'	Unt. Hbt. 2014- Fr.2014	Weiß nicht	Unt. Hbt. 2014- Fr.2014
	EU28	39%	<b>+4</b>	37%	<b>-1</b>	22%	<b>-3</b>	2%	=
	IE	53%	<b>+12</b>	29%	<b>-9</b>	16%	<b>-1</b>	2%	<b>-2</b>
	LU	51%	<b>+9</b>	32%	<b>-1</b>	16%	<b>-9</b>	1%	<b>+1</b>
	PL	61%	<b>+9</b>	32%	<b>-3</b>	6%	<b>-4</b>	1%	<b>-2</b>
	SK	39%	<b>+9</b>	42%	<b>-1</b>	19%	<b>-7</b>	0%	<b>-1</b>
	CZ	37%	<b>+8</b>	40%	<b>-3</b>	22%	<b>-6</b>	1%	<b>+1</b>
	PT	38%	<b>+8</b>	35%	<b>-2</b>	25%	<b>-6</b>	2%	=
	HU	40%	<b>+7</b>	42%	<b>-3</b>	18%	<b>-3</b>	0%	<b>-1</b>
	UK	30%	<b>+7</b>	35%	<b>-1</b>	32%	<b>-4</b>	3%	<b>-2</b>
	ES	31%	<b>+6</b>	46%	<b>+3</b>	21%	<b>-8</b>	2%	<b>-1</b>
	DK	39%	<b>+4</b>	42%	<b>+4</b>	18%	<b>-8</b>	1%	=
	IT	34%	<b>+4</b>	35%	<b>-3</b>	28%	<b>-1</b>	3%	=
	MT	47%	<b>+4</b>	44%	<b>-1</b>	8%	<b>-1</b>	1%	<b>-2</b>
	RO	59%	<b>+4</b>	29%	<b>-6</b>	9%	=	3%	<b>+2</b>
	FR	41%	<b>+3</b>	35%	<b>+1</b>	23%	<b>-4</b>	1%	=
	LV	37%	<b>+3</b>	51%	<b>-2</b>	11%	<b>-1</b>	1%	=
	BE	42%	<b>+2</b>	35%	<b>-1</b>	22%	<b>-1</b>	1%	=
	DE	38%	<b>+2</b>	41%	<b>-2</b>	20%	=	1%	=
	LT	50%	<b>+2</b>	43%	<b>+1</b>	6%	<b>-2</b>	1%	<b>-1</b>
	NL	37%	<b>+2</b>	37%	<b>-3</b>	26%	<b>+1</b>	0%	=
	EE	45%	<b>+1</b>	46%	<b>+1</b>	7%	<b>-3</b>	2%	<b>+1</b>
	EL	23%	<b>+1</b>	32%	<b>-2</b>	44%	=	1%	<b>+1</b>
	HR	42%	<b>+1</b>	38%	<b>-1</b>	19%	<b>-1</b>	1%	<b>+1</b>
	FI	35%	<b>+1</b>	48%	<b>+4</b>	17%	<b>-4</b>	0%	<b>-1</b>
	AT	31%	=	32%	<b>-2</b>	36%	<b>+2</b>	1%	=
	CY	24%	<b>-2</b>	37%	<b>+2</b>	38%	=	1%	=
	SI	38%	<b>-2</b>	44%	<b>+6</b>	17%	<b>-3</b>	1%	<b>-1</b>
	SE	40%	<b>-2</b>	38%	<b>+9</b>	22%	<b>-7</b>	0%	=
	BG	51%	<b>-3</b>	30%	=	18%	<b>+5</b>	1%	<b>-2</b>

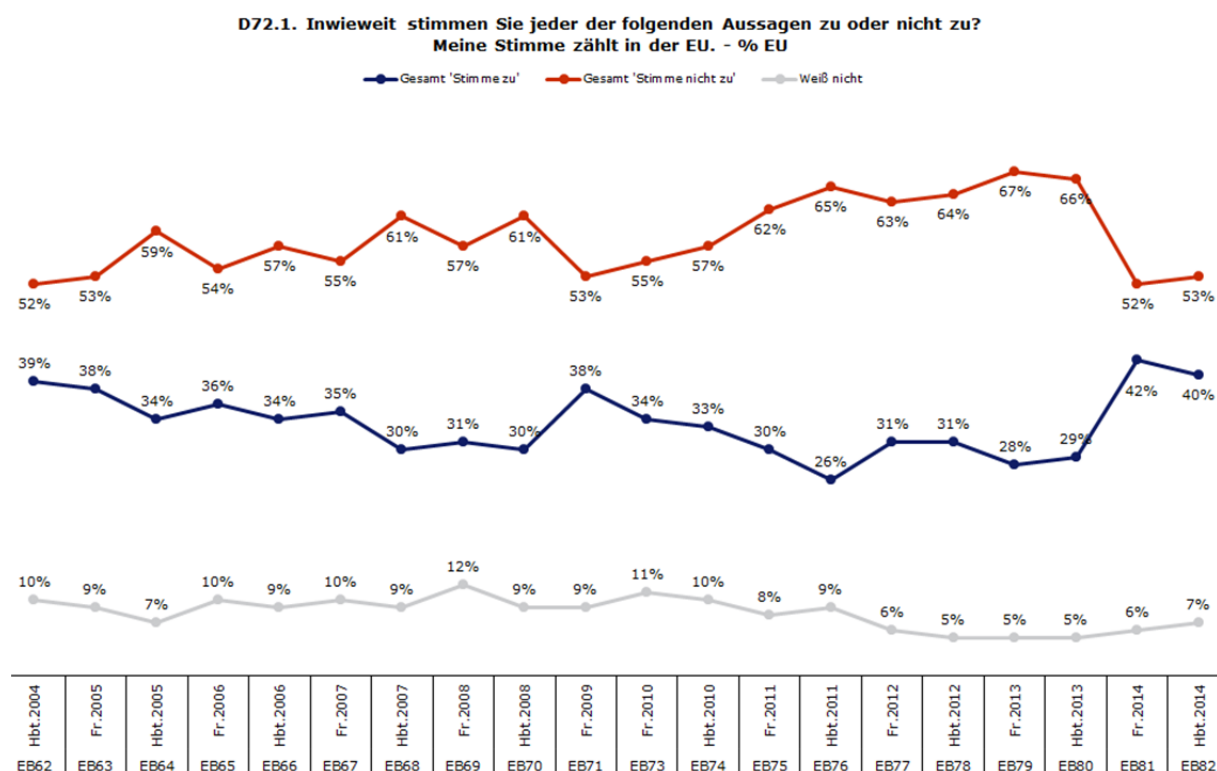
### 3. VERTRAUEN IN NATIONALE REGIERUNGEN UND PARLAMENTE SOWIE IN DIE EUROPÄISCHE UNION: TREND

Das Vertrauen in die Europäische Union hat wesentlich zugenommen (37%, +6 Prozentpunkte seit Frühjahr 2014). Das Vertrauen in nationale Regierungen (29%, +2) und nationale Parlamente (30%, +2) ist ebenfalls gestiegen. Zum ersten Mal seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2007 (EB67) nimmt somit *gleichzeitig* das Vertrauen in die nationalen politischen Institutionen und in die Europäische Union zu. Zudem ist der Anstieg des Vertrauens in die EU um +6 Prozentpunkte der höchste seit Frühjahr 2007. Zugleich sinken die Anteile der Europäer, die den nationalen Regierungen (65%, -3), den nationalen Parlamenten (62%, -3) und der Europäischen Union (50%, -6) eher nicht vertrauen, und setzen somit den bereits bei der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2014 bemerkten Trend fort.



#### 4. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND

Vier von zehn Europäern sind mit der Aussage „Meine Stimme zählt in der EU“ einverstanden (40%, -2 Prozentpunkte seit Frühjahr 2014), während mehr als die Hälfte hingegen der Meinung ist, dass ihre Stimme nicht zählt (53%, +1). Nach dem deutlichen Anstieg der Zustimmung zu dieser Aussage, der zwischen Herbst 2013 und Frühjahr 2014 registriert wurde und wahrscheinlich eine Folge der Europawahlen war<sup>8</sup>, befindet sich die Überzeugung, dass die eigene Stimme zählt, weiterhin auf einem relativ hohen Niveau: Es handelt sich um den zweithöchsten Anteil der Europäer seit 2004, der meint, dass seine Stimme in der EU zählt. Dieses Resultat wird lediglich von dem im Frühjahr 2014 erhobenen Ergebnis von 42% übertroffen.

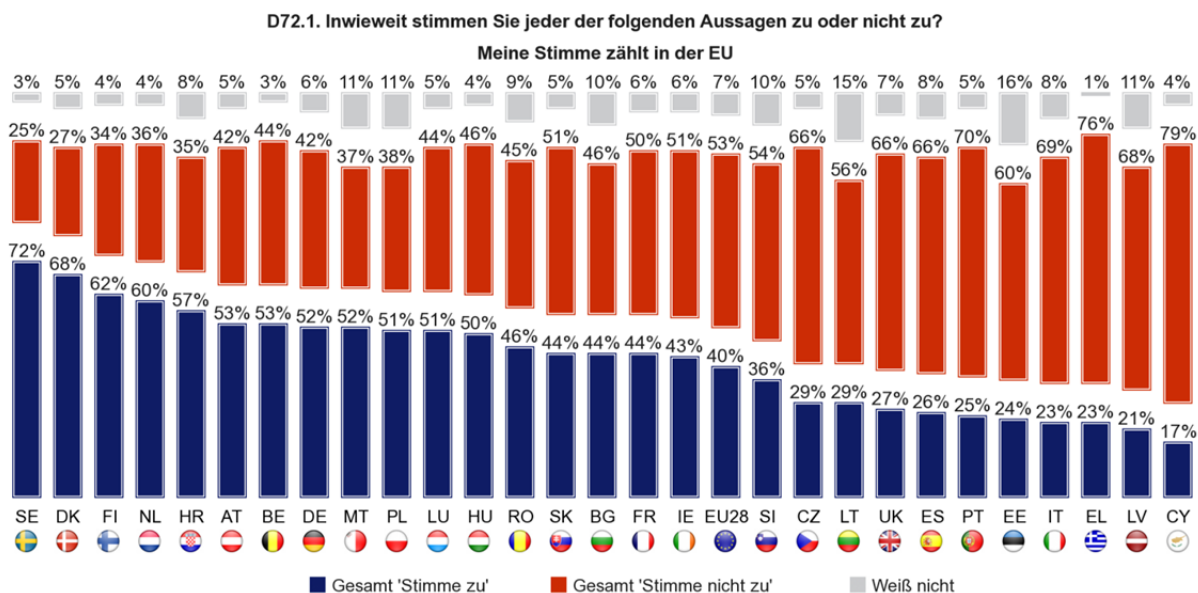


<sup>8</sup> Die Europawahlen 2014 fanden zwischen dem 22. und 25. Mai 2014 statt; die Feldarbeit zur Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2014 begann am 31. Mai und endete am 14. Juni 2014.

## 5. MEINE STIMME ZÄHLT IN DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE

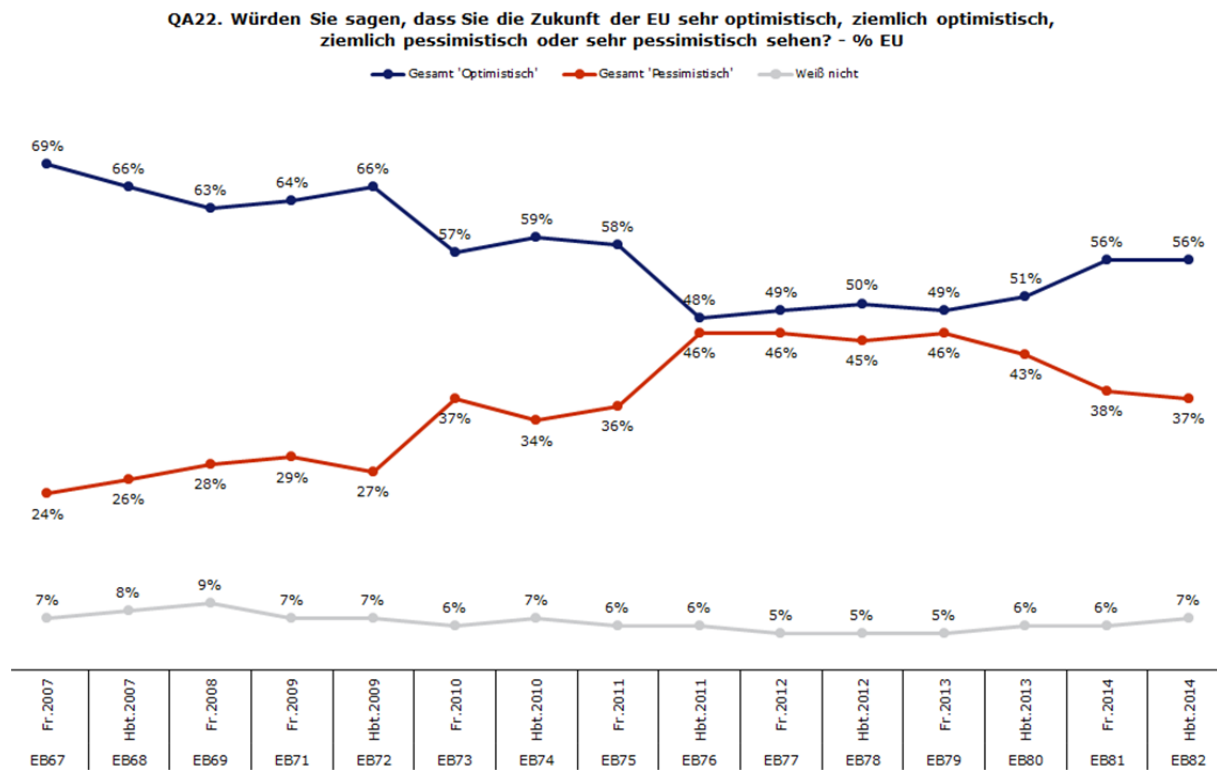
In 13 Mitgliedstaaten glaubt eine Mehrheit der Befragten, dass ihre Stimme in der EU zählt, wobei die Zustimmung zu dieser Aussage auf EU-Ebene jedoch leicht sinkt (-2 Prozentpunkte seit Frühjahr 2014). Mehr als zwei Drittel der Bürger in Schweden (72%) und Dänemark (68%), haben den Eindruck, dass ihre Stimme zählt, während in weiteren 10 Ländern zwischen zwei Drittel und der Hälfte der Befragten dieses Gefühl teilen: in Finnland (62%), in den Niederlanden (60%), in Kroatien (57%), in Österreich (53%), in Belgien (53%), in Deutschland (52%), auf Malta (52%), in Polen (51%), in Luxemburg (51%) und in Ungarn (50%). Zudem meint eine relative Mehrheit der Bevölkerung in Rumänien, dass ihre Stimme in der EU zählt (46% gegenüber 45%). Im Gegensatz dazu ist in den übrigen 15 Ländern eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt, wobei ihr Anteil zwischen 46% in Bulgarien und 79% auf Zypern schwankt.

Hinter diesem Rückgang der Zustimmung zur Aussage „Meine Stimme zählt in der EU“ um zwei Prozentpunkte in der gesamten EU verbergen sich sehr unterschiedliche Entwicklungen in den einzelnen Ländern: So hat diese Überzeugung in 15 Ländern an Zustimmung verloren, und zwar am deutlichsten in Portugal (25%, -12 Prozentpunkte seit Frühjahr 2014) und in Frankreich (44%, -10). In 12 anderen Ländern ist hingegen eine positive Entwicklung zu verzeichnen, insbesondere in Rumänien (46%, +11, nach den +16 Prozentpunkten zwischen Herbst 2013 und Frühjahr 2014), in Ungarn (50%, +11) und in Irland (43%, +10).



## 6. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: TREND

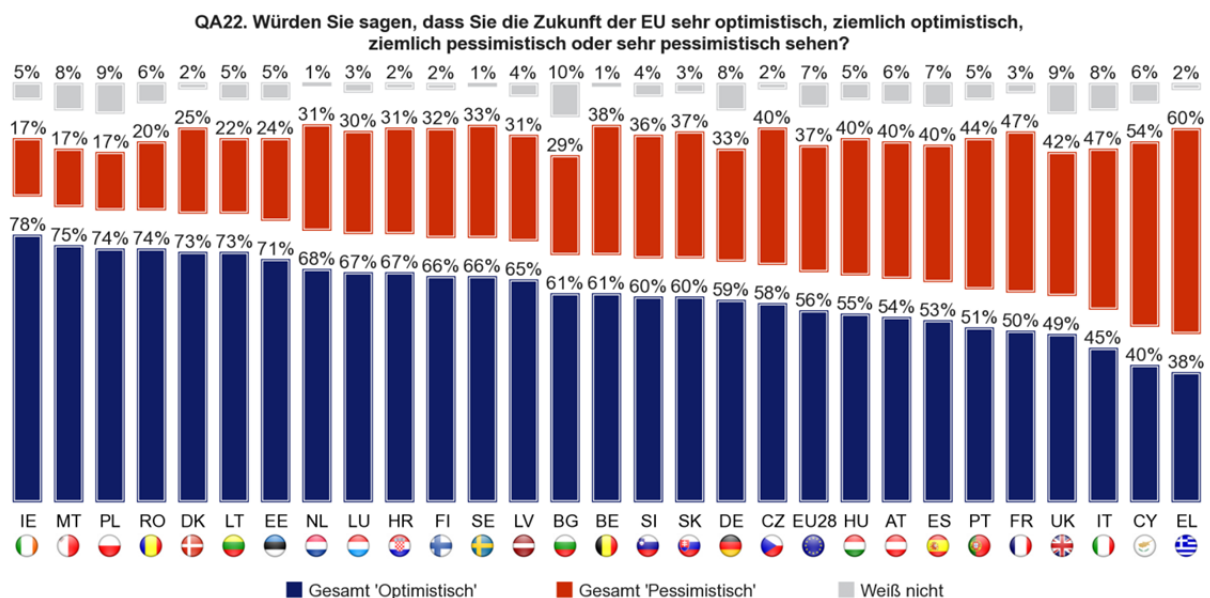
Der Optimismus zur Zukunft der EU bleibt stabil: eine klare Mehrheit der Europäer sieht die Zukunft der EU optimistisch (56%, unverändert seit Frühjahr 2014), während der Pessimismus leicht zurückgeht (37%, -1 Prozentpunkt). Somit bestätigt sich der seit Herbst 2013 (EB80) beobachtete positive Trend.



## 7. DIE ZUKUNFT DER EUROPÄISCHEN UNION: NATIONALE ERGEBNISSE

In 25 Mitgliedstaaten sieht eine Mehrheit der Befragten optimistisch der Zukunft der EU entgegen. In Irland (78%), auf Malta (75%), in Polen (74%), in Rumänien (74%), in Dänemark (73%), in Litauen (73%) und in Estland (71%) gilt dies sogar für mehr als sieben von zehn Befragten, während der Optimismus im Vereinigten Königreich (49% gegenüber 42% pessimistisch), Frankreich (50%) und Portugal (51%) moderater ausfällt. In drei Mitgliedstaaten zeigen sich die Befragten überwiegend pessimistisch: in Griechenland (60% gegenüber 38%), auf Zypern (54% gegenüber 40%) und in Italien (47% gegenüber 45%).

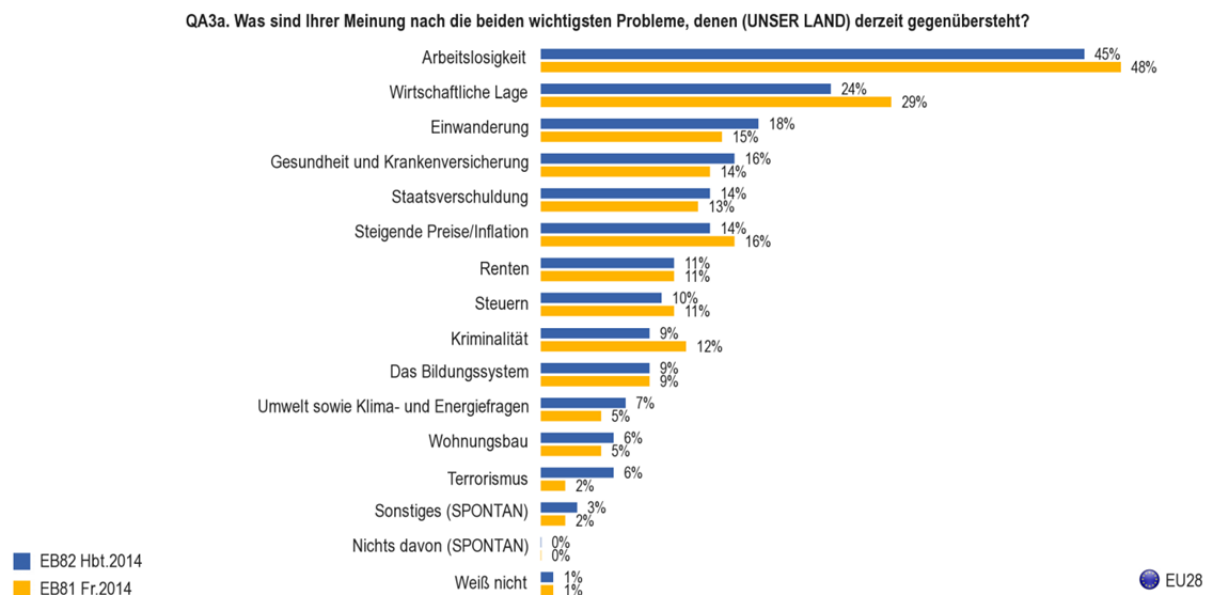
In 13 Ländern hat der Optimismus zugenommen, und zwar am deutlichsten in Irland (78%, +7 Prozentpunkte seit Frühjahr 2014), Schweden (66%, +6) und Polen (74%, +6). Im Vereinigten Königreich (49% gegenüber 42%) und in Portugal (51% gegenüber 44%) kann er inzwischen eine Mehrheit auf sich vereinen. Im Gegensatz dazu ging der Optimismus in 15 Ländern zurück, davon am deutlichsten auf Zypern (40%, -10).



## II. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME DER EUROPÄER

### 1. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF NATIONALER EBENE: ENTWICKLUNGEN

Die Arbeitslosigkeit bleibt bei Weitem die größte Sorge der EU-Bürger auf nationaler Ebene: 45% der Befragten nennen dieses Problem. Allerdings setzt der Rückgang des entsprechenden Anteils um drei Prozentpunkte im Vergleich zum Frühjahr 2014 den Abwärtstrend fort, der zum ersten Mal bei der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2013 (EB79) beobachtet wurde (-6 Prozentpunkte zwischen Frühjahr 2013 und Herbst 2014). Auf Rang zwei positioniert sich die wirtschaftliche Lage, die von weniger als einem Viertel der Befragten genannt wird (24%, -5 seit Frühjahr 2014 und -18 seit Herbst 2011). Die Einwanderung ist inzwischen die drittgrößte Sorge der Europäer im Hinblick auf ihre Nation (18%, +3 seit Frühjahr 2013 und +11 seit Herbst 2011). Die Einwanderung ist inzwischen die drittgrößte Sorge der Europäer im Hinblick auf ihre Nation (18%, +3 seit Frühjahr 2013 und +11 seit Herbst 2011). Zum ersten Mal seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2009 (EB72) belegt damit ein nicht direkt in Zusammenhang mit der Wirtschaft stehendes Thema einen der ersten drei Plätze in der Rangfolge der wichtigsten Probleme (im Herbst 2009 befand sich die Kriminalität auf Rang drei, gleichauf mit steigenden Preisen und Inflation). Gesundheit und Krankenversicherung (16%, +2) platzieren sich aktuell an vierter Stelle, vor Staatsverschuldung (14%, +1) und steigenden Preisen und Inflation (14%, -2). Weitere bemerkenswerte Entwicklungen seit Frühjahr 2014 sind der Rückgang des Anteils der Kriminalität um drei Prozentpunkte (9%) und die Zunahme der Sorge um Terrorismus um vier Prozentpunkte (6%).


































## 2. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF NATIONALER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE

45% der Europäer erklären, dass die Arbeitslosigkeit ihre Hauptsorge im Hinblick auf ihr eigenes Land ist. Dabei ist sie in 21 Ländern das am häufigsten angegebene Item. Auf Platz zwei folgt die wirtschaftliche Lage, die von 24% der Europäer genannt wird: Sie ist in 14 Mitgliedstaaten die zweithäufigste Antwort, belegt aber in keinem EU-Land Platz eins der Rangfolge. Auf Rang drei der wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene folgt die Einwanderung (18% der Europäer nennen dieses Item), die in drei Ländern sogar an erster Stelle steht, nämlich auf Malta (57%), im Vereinigten Königreich (38%) und in Deutschland (37%), wobei dieser Anteil bei der aktuellen Befragung um +15 Prozentpunkte und in der Zeit zwischen Herbst 2013 und Frühjahr 2014 um sechs Punkte gestiegen ist. Das Item Gesundheit und Krankenversicherung folgt auf Platz vier und wird von 16% der Europäer genannt. In den Niederlanden ist es das am häufigsten angegebene Item (56%).

QA3a Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen (UNSER LAND) derzeit gegenübersteht?

		Arbeitslosigkeit	Wirtschaftliche Lage	Einwanderung	Gesundheit und Krankenversicherung	Staatsverschuldung	Steigende Preise/Inflation	Renten	Steuern	Kriminalität	Das Bildungssystem	Umwelt sowie Klima- und Energiefragen	Wohnungsbau	Terrorismus
	EU28	45%	24%	18%	16%	14%	14%	11%	10%	9%	9%	7%	6%	6%
	BE	42%	25%	16%	9%	20%	14%	24%	11%	9%	5%	9%	5%	2%
	BG	49%	44%	10%	24%	5%	19%	12%	3%	13%	6%	3%	1%	1%
	CZ	40%	20%	8%	14%	27%	24%	17%	6%	20%	6%	3%	5%	1%
	DK	35%	18%	34%	23%	6%	3%	3%	6%	11%	17%	28%	2%	6%
	DE	16%	11%	37%	11%	17%	12%	15%	5%	14%	17%	16%	7%	11%
	EE	30%	28%	5%	29%	1%	25%	19%	16%	6%	11%	6%	3%	3%
	IE	48%	24%	8%	19%	17%	14%	4%	19%	13%	7%	3%	13%	1%
	EL	60%	46%	6%	13%	22%	8%	6%	22%	5%	6%	1%	0%	1%
	ES	78%	36%	3%	13%	11%	5%	4%	5%	6%	8%	1%	5%	1%
	FR	63%	26%	11%	7%	18%	13%	9%	13%	8%	6%	8%	7%	5%
	HR	66%	33%	2%	9%	30%	12%	6%	4%	19%	4%	1%	4%	0%
	IT	60%	37%	18%	4%	14%	10%	9%	24%	7%	3%	3%	2%	3%
	CY	79%	68%	8%	4%	10%	6%	2%	7%	2%	2%	1%	0%	1%
	LV	35%	31%	9%	31%	4%	19%	19%	20%	4%	10%	1%	4%	1%
	LT	37%	20%	10%	13%	13%	41%	14%	22%	8%	6%	3%	4%	0%
	LU	39%	14%	11%	5%	10%	17%	7%	11%	7%	22%	6%	39%	2%
	HU	50%	30%	3%	21%	13%	20%	13%	10%	12%	5%	3%	7%	1%
	MT	12%	11%	57%	15%	15%	14%	9%	6%	10%	8%	22%	1%	1%
	NL	31%	28%	8%	56%	6%	4%	11%	10%	8%	9%	7%	2%	12%
	AT	33%	19%	20%	12%	17%	21%	12%	10%	13%	17%	10%	7%	5%
	PL	54%	17%	7%	25%	11%	19%	19%	7%	6%	5%	4%	5%	2%
	PT	66%	31%	2%	13%	20%	22%	11%	14%	4%	5%	2%	1%	0%
	RO	30%	30%	4%	24%	5%	30%	19%	9%	11%	14%	2%	5%	1%
	SI	57%	47%	1%	11%	25%	5%	7%	8%	11%	1%	4%	1%	0%
	SK	57%	31%	1%	23%	11%	21%	13%	7%	8%	7%	4%	6%	1%
	FI	49%	36%	3%	35%	28%	8%	7%	8%	4%	4%	8%	3%	1%
	SE	37%	17%	24%	30%	1%	2%	5%	3%	5%	34%	27%	7%	1%
	UK	22%	13%	38%	22%	12%	17%	6%	5%	9%	8%	6%	16%	16%

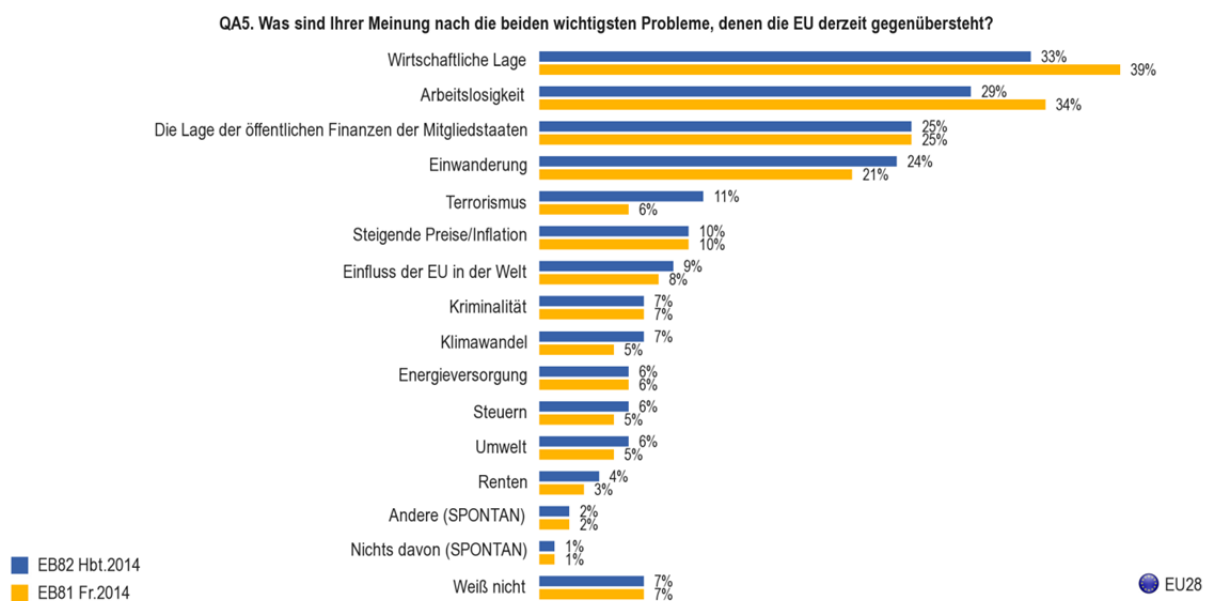
DER AM HÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

DER AM ZWEITHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

DER AM DRITTHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

### 3. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF EUROPÄISCHER EBENE: ENTWICKLUNGEN






























Obwohl sie auch weiterhin die Rangfolge der wichtigsten Probleme anführen, denen die EU derzeit gegenübersteht, verlieren wirtschaftliche Themen weiter an Bedeutung: Zwar bleiben die wirtschaftliche Lage (33%, -6 Prozentpunkte) und die Arbeitslosigkeit (29%, -5) die beiden wichtigsten Sorgen der Europäer, sie erreichen jedoch niedrigere Anteile als im Frühjahr 2014 und setzen damit den Abwärtstrend fort, der für die wirtschaftliche Lage mit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2011 (EB76) (-26 Prozentpunkte nach sechs aufeinanderfolgenden Abwärtsentwicklungen seit dem Herbst 2011, 59%) und für die Arbeitslosigkeit im Frühjahr 2013 begann (-9 im Vergleich zu 38% im Frühjahr 2013). Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten (25%, unverändert seit Frühjahr 2014) bleibt weiter an dritter Position, ihr Anteil liegt aber lediglich einen Prozentpunkt höher als der der Einwanderung (24%, +3 seit Frühjahr 2014 und +16 im Vergleich zu 8% bei der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2012). Die signifikanteste Zunahme zeigt sich zum Terrorismus (11%), der nach einem Anstieg seines Anteils um fünf Prozentpunkte zum fünftwichtigsten Problem aufsteigt, dem die EU gegenübersteht. Die Anteile der übrigen Themen sind entweder leicht gestiegen oder zeigen sich unverändert.



#### 4. DIE WICHTIGSTEN PROBLEME AUF EUROPÄISCHER EBENE: NATIONALE ERGEBNISSE

33% der Europäer betrachten die wirtschaftliche Lage als das wichtigste Problem, dem die EU gegenübersteht. In 13 Mitgliedstaaten (im Vergleich zu 18 im Frühjahr 2014) führt dieses Item die Rangfolge der derzeit wichtigsten Probleme an. Auf Platz zwei folgt die Arbeitslosigkeit, die 29% der Europäer für das wichtigste Problem der EU halten und die in folgenden fünf Ländern (im Vergleich zu drei Ländern im Frühjahr 2014) das am häufigsten genannte Item ist: Zypern (49%), Luxemburg (44%), Italien (42%), Irland (39%) und Polen (25%). Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten (25%) ist aus gesamteuropäischer Perspektive das derzeit drittwichtigste Problem der EU, das allerdings in vier Ländern (im Vergleich zu drei Ländern im Frühjahr 2014) die Hierarchie dieser Probleme anführt: in Finnland (47%), in Österreich (34%), in der Slowakei (33%) und in der Tschechischen Republik (27%). Die Einwanderung belegt derzeit Platz vier in der Rangfolge der wichtigsten Probleme auf EU-Ebene. Sie wird von 24% der Europäer genannt und ist in vier Ländern die am häufigsten gewählte Antwort: auf Malta (46%), in Deutschland (37%), in Bulgarien (35%) und im Vereinigten Königreich (33%).

QA5 Was sind Ihrer Meinung nach die beiden wichtigsten Probleme, denen die EU derzeit gegenübersteht?

		Wirtschaftliche Lage	Arbeitslosigkeit	Die Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten	Einwanderung	Terrorismus	Steigende Preise/Inflation	Einfluss der EU in der Welt	Kriminalität	Klimawandel	Energieversorgung	Steuern	Umwelt	Renten
	EU28	33%	29%	25%	24%	11%	10%	9%	7%	7%	6%	6%	6%	4%
	BE	32%	31%	23%	21%	9%	9%	8%	8%	10%	10%	6%	8%	10%
	BG	27%	13%	11%	35%	18%	7%	10%	10%	5%	10%	2%	4%	2%
	CZ	25%	21%	27%	26%	17%	10%	9%	13%	5%	7%	4%	6%	7%
	DK	32%	30%	16%	32%	10%	2%	10%	8%	25%	5%	1%	14%	0%
	DE	24%	26%	36%	37%	14%	7%	8%	8%	8%	7%	3%	6%	3%
	EE	28%	12%	26%	24%	13%	7%	15%	4%	2%	19%	4%	4%	3%
	IE	34%	39%	21%	12%	7%	14%	7%	8%	9%	7%	11%	5%	2%
	EL	47%	38%	32%	18%	6%	8%	14%	7%	2%	5%	6%	2%	2%
	ES	45%	40%	24%	11%	3%	8%	7%	3%	4%	4%	6%	2%	3%
	FR	35%	32%	22%	20%	13%	13%	11%	5%	9%	5%	4%	9%	3%
	HR	28%	27%	27%	11%	9%	11%	11%	12%	10%	9%	5%	3%	4%
	IT	41%	42%	19%	29%	5%	9%	5%	9%	3%	4%	13%	4%	4%
	CY	45%	49%	27%	12%	9%	6%	8%	8%	1%	0%	7%	3%	1%
	LV	27%	16%	26%	24%	11%	11%	14%	6%	3%	13%	8%	4%	4%
	LT	23%	17%	22%	20%	12%	13%	11%	11%	7%	12%	10%	2%	3%
	LU	28%	44%	25%	23%	13%	11%	7%	8%	7%	7%	4%	5%	4%
	HU	32%	28%	29%	18%	7%	11%	10%	11%	6%	10%	7%	5%	7%
	MT	23%	20%	17%	46%	17%	5%	5%	9%	10%	9%	3%	7%	3%
	NL	42%	21%	40%	21%	17%	5%	16%	4%	5%	6%	4%	5%	2%
	AT	28%	25%	34%	22%	15%	15%	9%	14%	9%	5%	4%	8%	3%
	PL	23%	25%	18%	15%	14%	12%	9%	6%	7%	13%	5%	7%	7%
	PT	32%	35%	35%	6%	4%	12%	7%	5%	3%	2%	7%	2%	7%
	RO	29%	17%	17%	15%	10%	17%	5%	14%	4%	7%	7%	4%	7%
	SI	37%	32%	27%	15%	5%	4%	7%	11%	9%	7%	5%	5%	2%
	SK	30%	29%	33%	11%	11%	13%	11%	11%	6%	13%	4%	6%	4%
	FI	33%	28%	47%	13%	6%	9%	11%	7%	14%	11%	5%	8%	2%
	SE	32%	28%	24%	28%	7%	1%	10%	5%	28%	7%	1%	22%	1%
	UK	32%	17%	16%	33%	15%	11%	10%	4%	4%	5%	5%	3%	2%

DER AM HÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

DER AM ZWEITHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

DER AM DRITTHÄUFIGSTEN GENANNTEN ASPEKT

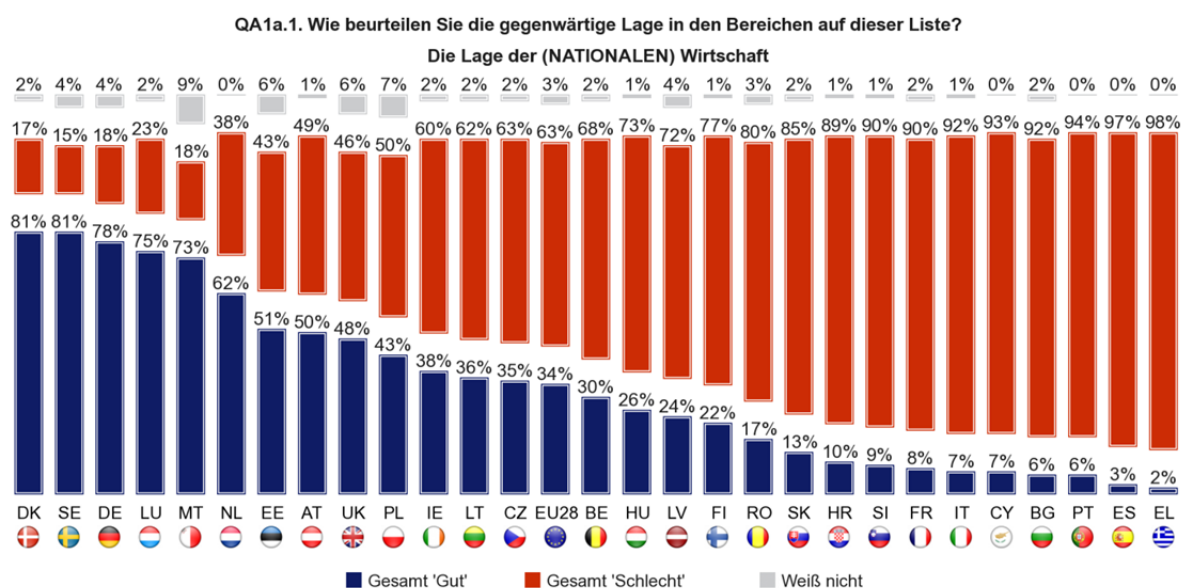
### III. DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE UND DER EURO

#### 1. DERZEITIGE LAGE DER NATIONALEN WIRTSCHAFT: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN






























Das Urteil der EU-Bürger über die nationale Wirtschaftslage fällt in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedlich aus. In neun Ländern betrachtet eine Mehrheit der Menschen die Lage als „gut“: in Dänemark (81%), Schweden (81%), Deutschland (78%), Luxemburg (75%) und auf Malta (73%) tun dies mehr als zwei Drittel der Befragten und auch in den Niederlanden (62%), in Estland (51%), in Österreich (50%) und im Vereinigten Königreich (48% gegenüber 46% insgesamt „schlecht“) ist eine Mehrheit dieser Ansicht. Am anderen Ende der Skala positionieren sich acht Mitgliedstaaten, in denen die Lage weiterhin sehr pessimistisch eingeschätzt wird und wo weniger als einer von zehn Befragten die Lage der nationalen Wirtschaft für gut hält: Griechenland (2%), Spanien (3%), Portugal und Bulgarien (beide 6%), Zypern und Italien (beide 7%), Frankreich (8%) und Slowenien (9%).

Hinter den seit Frühjahr 2014 insgesamt stabilen Ergebnissen für die EU-Ebene verbergen sich eine ganze Reihe unterschiedlicher Entwicklungen in verschiedenen Mitgliedstaaten. Der Eindruck, dass die Lage der nationalen Wirtschaft „gut“ ist, nimmt in 13 Mitgliedstaaten zu (gegenüber 19 im Frühjahr 2014), während er in fünf EU-Ländern unverändert bleibt und in zehn dieser Staaten abnimmt. Am deutlichsten steigt der Anteil derjenigen, die mit „gut“ antworten, in Irland (38%, +14 Prozentpunkte seit Frühjahr 2014, nach einem Anstieg um sechs Prozentpunkte zwischen Herbst 2013 und Frühjahr 2014), in der Tschechischen Republik (35%, +9, nach einem Anstieg um +11 Prozentpunkte) und in Polen (43%, +7). Im Gegensatz dazu ist der stärkste Rückgang dieses Anteils in Belgien (30%, -14) und Finnland (22%, -14, nach einem Rückgang um -11 Prozentpunkte zwischen Herbst 2013 und Frühjahr 2014) zu beobachten.

Die Differenz zwischen dem oberen und dem unteren Ende der Skala beträgt unverändert 79 Prozentpunkte.

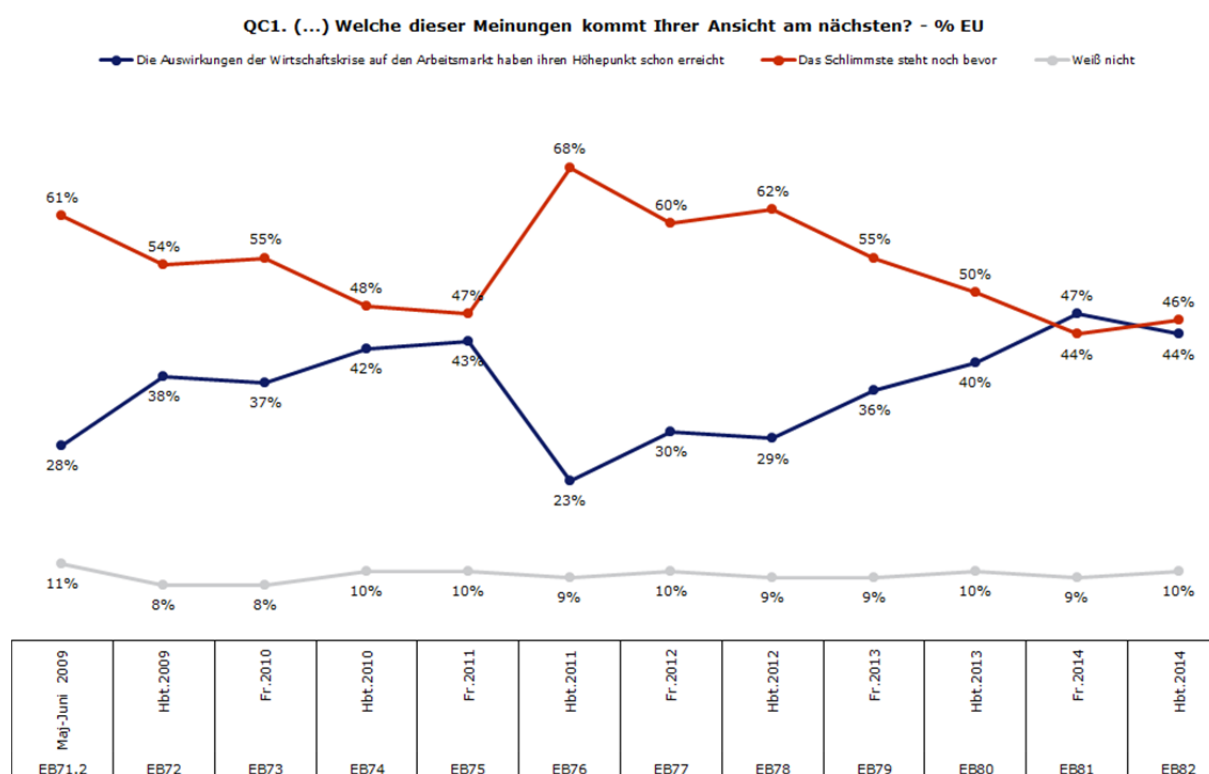


QA1a.1. Wie beurteilen Sie die gegenwärtige Lage in den Bereichen auf dieser Liste?  
Die Lage der (NATIONALEN) Wirtschaft

		Gesamt 'Gut'	Unt. Hbt. 2014- Fr.2014	Gesamt 'Schlecht'	Unt. Hbt. 2014- Fr.2014	Weiß nicht	Unt. Hbt. 2014- Fr.2014
	EU28	34%	=	63%	=	3%	=
	EURO-ZONE	30%	-2	68%	+2	2%	=
	NICHT EURO-ZONE	41%	+3	54%	-3	5%	=
	IE	38%	+14	60%	-15	2%	+1
	CZ	35%	+9	63%	-10	2%	+1
	PL	43%	+7	50%	-6	7%	-1
	HR	10%	+5	89%	-6	1%	+1
	LV	24%	+3	72%	-4	4%	+1
	RO	17%	+3	80%	-5	3%	+2
	NL	62%	+2	38%	-1	0%	-1
	EE	51%	+2	43%	-3	6%	+1
	SI	9%	+2	90%	-3	1%	+1
	IT	7%	+2	92%	-2	1%	=
	PT	6%	+2	94%	-2	0%	=
	UK	48%	+1	46%	-1	6%	=
	BG	6%	+1	92%	-1	2%	=
	SE	81%	=	15%	-1	4%	+1
	HU	26%	=	73%	=	1%	=
	SK	13%	=	85%	+1	2%	-1
	FR	8%	=	90%	+1	2%	-1
	CY	7%	=	93%	=	0%	=
	DK	81%	-1	17%	+1	2%	=
	LT	36%	-1	62%	+1	2%	=
	ES	3%	-1	97%	+1	0%	=
	EL	2%	-2	98%	+2	0%	=
	MT	73%	-3	18%	+3	9%	=
	DE	78%	-5	18%	+4	4%	+1
	LU	75%	-6	23%	+8	2%	-2
	AT	50%	-6	49%	+7	1%	-1
	BE	30%	-14	68%	+14	2%	=
	FI	22%	-14	77%	+13	1%	+1

## 2. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: TREND

Zu den Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt sind die Europäer geteilter Meinung: eine knappe Mehrheit zeigt sich pessimistisch und glaubt, dass das Schlimmste noch bevorsteht (46%, +2 Prozentpunkte seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2014), während – nach einem Rückgang dieses Anteils um drei Prozentpunkte – 44% der Ansicht sind, der Höhepunkt dieser Auswirkungen sei schon erreicht. Bei der aktuellen Befragung äußert sich erneut eine Mehrheit der Europäer pessimistisch, während dies im Frühjahr 2014 lediglich eine Minderheit tat, und zwar zum ersten Mal seit Mai-Juni 2009, als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde.

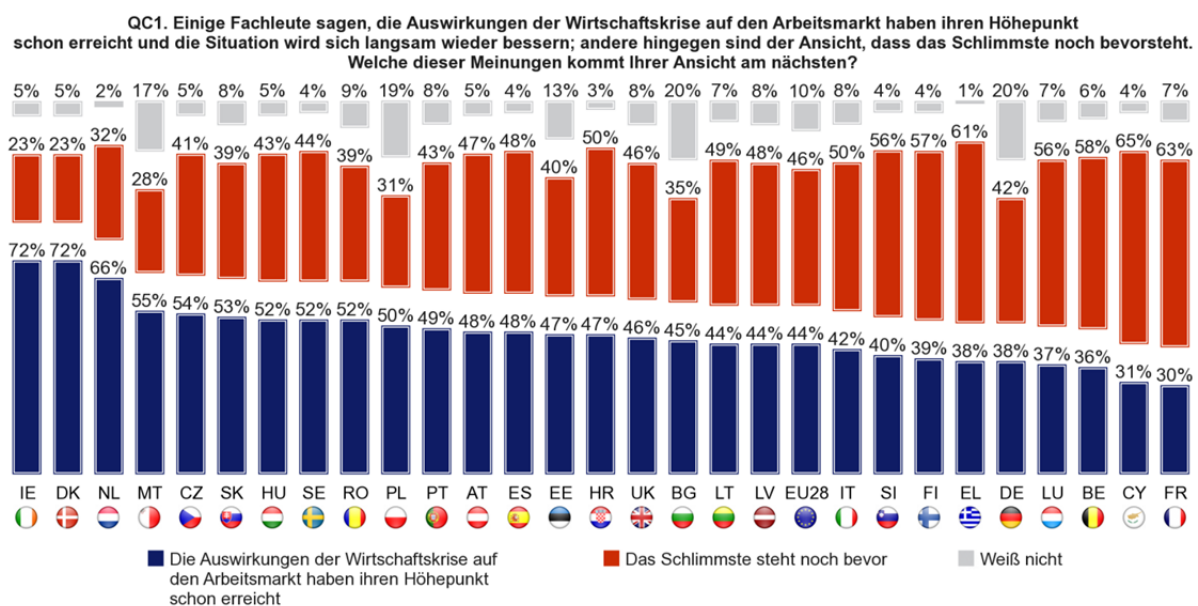

































### 3. AUSWIRKUNGEN DER KRISE AUF DEN ARBEITSMARKT: NATIONALE ERGEBNISSE UND ENTWICKLUNGEN

In 14 Mitgliedstaaten (im Vergleich zu 22 im Frühjahr 2014) sind die Befragten im Hinblick auf die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt mehrheitlich optimistisch. Die höchsten Anteile an Befragten, die meinen, dass die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt „ihren Höhepunkt schon erreicht“ haben, ergeben sich in Dänemark (72%), in Irland (72%) und in den Niederlanden (66%). Im Gegensatz dazu hat in 12 Mitgliedstaaten (im Vergleich zu sechs im Frühjahr 2014) eine Mehrheit der Befragten das Gefühl, dass das Schlimmste noch bevorsteht, wobei die höchsten Anteile auf Zypern (65%), in Frankreich (63%) und in Griechenland (61%) registriert werden. In Spanien (48% gegenüber 48%) und im Vereinigten Königreich (46% gegenüber 46%) ist die öffentliche Meinung in zwei genau gleich große Lager gespalten.

In 19 Mitgliedstaaten hat der Optimismus in dieser Frage abgenommen, und zwar am deutlichsten in Belgien (36%, -15 Prozentpunkte), in Luxemburg (37%, -15) und in Finnland (39%, -14). In diesen drei Mitgliedstaaten zeigen sich die Befragten derzeit mehrheitlich pessimistisch, während sie im Frühjahr 2014 noch in der Mehrheit optimistisch waren. In Litauen, Deutschland, Lettland und Kroatien ist hingegen die umgekehrte Entwicklung zu beobachten. Am stärksten nimmt der Optimismus in Irland (72%, +11) und in Portugal (49%, +8) zu, wo gegenwärtig eine Mehrheit der Befragten meint, dass die Auswirkungen der Krise ihren Höhepunkt bereits erreicht haben.



QC1. Einige Fachleute sagen, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht und die Situation wird sich langsam wieder bessern; andere hingegen sind der Ansicht, dass das Schlimmste noch bevorsteht. Welche dieser Meinungen kommt Ihrer Ansicht am nächsten?

	Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf den Arbeitsmarkt haben ihren Höhepunkt schon erreicht	Unt. Hbt.2014-Fr. 2014	Das Schlimmste steht noch bevor	Unt. Hbt.2014-Fr. 2014	Weiß nicht	Unt. Hbt.2014-Fr. 2014
 EU28	44%	-3	46%	+2	10%	+1
EURO-ZONE	41%	-5	49%	+3	10%	+2
NICHT EURO-ZONE	50%	+2	40%	-1	10%	-1
 IE	72%	+11	23%	-11	5%	=
 PT	49%	+8	43%	-9	8%	+1
 PL	50%	+7	31%	-7	19%	=
 CZ	54%	+3	41%	-5	5%	+2
 SK	53%	+1	39%	-6	8%	+5
 RO	52%	+1	39%	-5	9%	+4
 UK	46%	+1	46%	+3	8%	-4
 AT	48%	=	47%	=	5%	=
 BG	45%	=	35%	-1	20%	+1
 EE	47%	-1	40%	-3	13%	+4
 HR	47%	-2	50%	+3	3%	-1
 ES	48%	-3	48%	+2	4%	+1
 EL	38%	-3	61%	+4	1%	-1
 MT	55%	-4	28%	+3	17%	+1
 LV	44%	-4	48%	+4	8%	=
 FR	30%	-4	63%	+3	7%	+1
 IT	42%	-5	50%	+2	8%	+3
 SI	40%	-5	56%	+6	4%	-1
 DE	38%	-5	42%	+3	20%	+2
 DK	72%	-6	23%	+5	5%	+1
 NL	66%	-6	32%	+7	2%	-1
 SE	52%	-6	44%	+6	4%	=
 CY	31%	-7	65%	+6	4%	+1
 LT	44%	-8	49%	+9	7%	-1
 HU	52%	-9	43%	+7	5%	+2
 FI	39%	-14	57%	+13	4%	+1
 LU	37%	-15	56%	+16	7%	-1
 BE	36%	-15	58%	+12	6%	+3



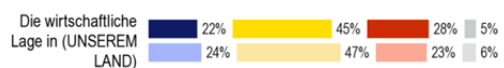
#### 4. ERWARTUNGEN AN DIE NÄCHSTEN 12 MONATE: ALLGEMEINE UND PERSÖNLICHE ASPEKTE

Eine Mehrheit der Befragten erwartet weiterhin, dass die nationale (45%, -2 Prozentpunkte seit Frühjahr 2014) und die europäische (42%, unverändert) wirtschaftliche Lage in den nächsten 12 Monaten „gleich“ bleiben werden. Der Pessimismus ist jedoch gestiegen, denn ein zunehmender Anteil der Europäer rechnet damit, dass sich die wirtschaftliche Lage verschlechtern wird, und zwar sowohl auf nationaler (28%, +5) als auch auf gesamteuropäischer Ebene (24%, +6). Zugleich geht der Optimismus in beiden Fällen zurück (22% antworten „besser“ im Hinblick auf die nationale Lage, -2; 20%, -4 im Hinblick auf die europäische Lage).

Bei der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2014 überwogen nach einer deutlichen Verbesserung dieser Indikatoren zum ersten Mal seit Herbst 2009 (EB72) die optimistischen Erwartungen für die wirtschaftliche Lage in der EU und zum ersten Mal seit Frühjahr 2007 (EB67) für die nationale wirtschaftliche Lage. Diese Situation hat sich im Herbst 2014 erneut umgekehrt, was eine gewisse Unsicherheit der EU-Bürger im Hinblick auf kurzfristige Prognosen für die Wirtschaft deutlich werden lässt. Trotz dieser Verschlechterung seit Frühjahr 2014 sind die Erwartungen für die Wirtschaft weiterhin etwas positiver als im Ergebnis der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 (EB80).

Die Erwartungen der Befragten im Hinblick auf ihre persönliche Situation sind seit Frühjahr 2014 stabil geblieben: eine große Mehrheit der Europäer glaubt, dass die finanzielle Situation ihres Haushalts (61%, -1 Prozentpunkt seit Frühjahr 2014) und ihre persönliche berufliche Situation (60%, unverändert) in den nächsten 12 Monaten „gleich“ bleiben werden. Der Anteil der Befragten, der meint, dass die nächsten 12 Monate „besser“ sein werden, ist ebenfalls nahezu unverändert geblieben (22%, +1 bzw. 20%, unverändert). Dies gilt auch für den Anteil derjenigen, die damit rechnen, dass die Situation „schlechter“ wird (14%, unverändert bzw. 8%, +1).

QA2a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?



EB82 Hbt.2014  
EB81 Fr.2014



QA2a. Welche Erwartungen haben Sie an die nächsten 12 Monate? Werden die nächsten 12 Monate besser, schlechter oder gleich sein, wenn es um Folgendes geht?



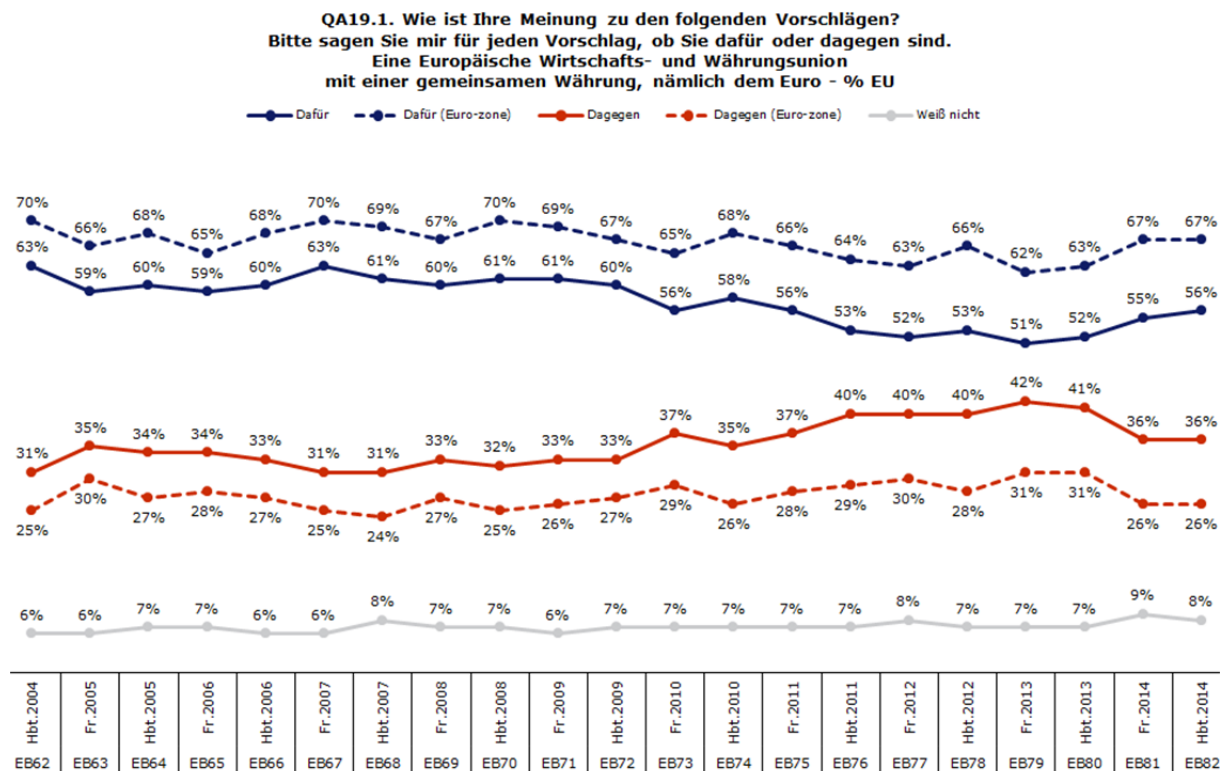
EB82 Hbt.2014  
EB81 Fr.2014



## 5. BEFÜRWORTUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG, DEM EURO: TREND

Eine absolute Mehrheit der EU-Bürger befürwortet den Euro: 56% sprechen sich für „eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro“ aus. Die Unterstützung des Euros hat zudem – wenn auch nur leicht – zugenommen, und zwar zum dritten Mal in Folge seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2013 (EB79) (+1 Prozentpunkt zwischen dem Frühjahr 2013 und Herbst 2013, +3 zwischen Herbst 2013 und Frühjahr 2014 und +1 seit Frühjahr 2014). Der Anteil der Ablehnung liegt unverändert bei 36%. Mit +41 erreicht der Index der Unterstützung<sup>9</sup> für den Euro im Euro-Zone seinen höchsten Stand seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2010 (EB74), als dieser +42 betrug.

Die Befürwortung des Euros bleibt innerhalb des Euro-Zones sehr viel weiter verbreitet als außerhalb. Allerdings zeigt sie sich in der Euro-Zone stabil (67% sind dafür, 26% dagegen, unverändert), während sie außerhalb des Euro-Zones zugenommen hat (35%, +3 Prozentpunkte, gegenüber 55%, -2).



<sup>9</sup> Differenz zwischen dem Anteil der „Dafür“- und der „Dagegen“-Antworten.

## **6. BEFÜRWORDUNG DER EUROPÄISCHEN WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSUNION MIT EINER GEMEINSAMEN WÄHRUNG, DEM EURO: NATIONALE ERGEBNISSE**

In 23 Mitgliedstaaten – darunter alle Mitglieder der Euro-Zone – gibt eine Mehrheit der Bürger an, „eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro“ zu befürworten. In neun Ländern sprechen sich mindestens drei Viertel der Befragten für den Euro aus: in Estland (83%), in Luxemburg (80%), in der Slowakei (79%), auf Malta (77%), in Irland (76%), in den Niederlanden (76%), in Belgien (76%), in Slowenien (75%) und in Finnland (75%). Am anderen Ende der Skala positionieren sich die Befragten in Bulgarien, die in dieser Frage eher geteilter Meinung sind, obwohl gegenwärtig eine Mehrheit von ihnen den Euro unterstützt (45% gegenüber 42%). Im Gegensatz dazu lehnt in fünf Mitgliedstaaten eine Mehrheit der Befragten den Euro ab: in Schweden (73%), im Vereinigten Königreich und in der Tschechischen Republik (beide 70%), in Dänemark (61%) und in Polen (48% gegenüber 40% „dafür“).

Die Anzahl der Befürworter der gemeinsamen Währung hat in 18 Mitgliedstaaten zugenommen, am eindrucksvollsten in Litauen<sup>10</sup> (63%, +13 Prozentpunkte seit Frühjahr 2014) und in Lettland (74%, +6). Der Anstieg der Unterstützung in diesen beiden Ländern wirkt sogar noch beachtlicher, wenn man die Ergebnisse mit jenen der Eurobarometer-Befragung vom Herbst 2013 (EB79) vergleicht: +23 in Litauen, zuvor 40%, und +31 in Lettland, zuvor 43%. Im Gegensatz dazu steigt die Ablehnung des Euros in sieben Ländern, am deutlichsten in Griechenland (35%, +6). Hierbei ist bemerkenswert, dass der Index der Unterstützung<sup>11</sup> für den Euro seit dem Frühjahr 2014 in fünf Mitgliedstaaten gestiegen ist, in denen der Euro mehrheitlich abgelehnt wird (+10 in Dänemark, +8 in Schweden, +7 im Vereinigten Königreich, +4 in der Tschechischen Republik und +2 in Polen).

---






























<sup>10</sup> Litauen wird der Euro-Zone am 1. Januar 2015 beitreten.

<sup>11</sup> Differenz zwischen dem Anteil der „Dafür“- und der „Dagegen“-Antworten.

## QA19.1 Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen?

Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Eine Europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, nämlich dem Euro

		Dafür	Unt. Hbt.2014- Fr. 2014	Dagegen	Unt. Hbt.2014- Fr. 2014	Weiß nicht	Unt. Hbt.2014- Fr. 2014
	EU28	56%	<b>+1</b>	36%	<b>=</b>	8%	<b>-1</b>
	EURO-ZONE	67%	<b>=</b>	26%	<b>=</b>	7%	<b>=</b>
	NICHT EURO-ZONE	35%	<b>+3</b>	55%	<b>-2</b>	10%	<b>-1</b>
	LT	63%	<b>+13</b>	31%	<b>-10</b>	6%	<b>-3</b>
	LV	74%	<b>+6</b>	19%	<b>-6</b>	7%	<b>=</b>
	SK	79%	<b>+5</b>	17%	<b>-4</b>	4%	<b>-1</b>
	ES	65%	<b>+5</b>	29%	<b>-3</b>	6%	<b>-2</b>
	DK	34%	<b>+5</b>	61%	<b>-5</b>	5%	<b>=</b>
	MT	77%	<b>+4</b>	18%	<b>-3</b>	5%	<b>-1</b>
	BG	45%	<b>+4</b>	42%	<b>=</b>	13%	<b>-4</b>
	SE	23%	<b>+4</b>	73%	<b>-4</b>	4%	<b>=</b>
	UK	20%	<b>+4</b>	70%	<b>-3</b>	10%	<b>-1</b>
	EE	83%	<b>+3</b>	10%	<b>-4</b>	7%	<b>+1</b>
	HR	56%	<b>+3</b>	36%	<b>-2</b>	8%	<b>-1</b>
	PL	40%	<b>+3</b>	48%	<b>+1</b>	12%	<b>-4</b>
	LU	80%	<b>+2</b>	17%	<b>=</b>	3%	<b>-2</b>
	IE	76%	<b>+2</b>	16%	<b>-2</b>	8%	<b>=</b>
	AT	69%	<b>+2</b>	25%	<b>-3</b>	6%	<b>+1</b>
	RO	65%	<b>+2</b>	23%	<b>-3</b>	12%	<b>+1</b>
	HU	54%	<b>+1</b>	39%	<b>-1</b>	7%	<b>=</b>
	CZ	25%	<b>+1</b>	70%	<b>-3</b>	5%	<b>+2</b>
	NL	76%	<b>=</b>	21%	<b>=</b>	3%	<b>=</b>
	IT	54%	<b>=</b>	32%	<b>+3</b>	14%	<b>-3</b>
	FI	75%	<b>-1</b>	20%	<b>=</b>	5%	<b>+1</b>
	DE	74%	<b>-1</b>	22%	<b>=</b>	4%	<b>+1</b>
	FR	67%	<b>-1</b>	27%	<b>+1</b>	6%	<b>=</b>
	PT	58%	<b>-1</b>	36%	<b>+2</b>	6%	<b>-1</b>
	BE	76%	<b>-2</b>	21%	<b>+1</b>	3%	<b>+1</b>
	CY	51%	<b>-2</b>	44%	<b>=</b>	5%	<b>+2</b>
	SI	75%	<b>-4</b>	19%	<b>+3</b>	6%	<b>+1</b>
	EL	63%	<b>-6</b>	35%	<b>+6</b>	2%	<b>=</b>

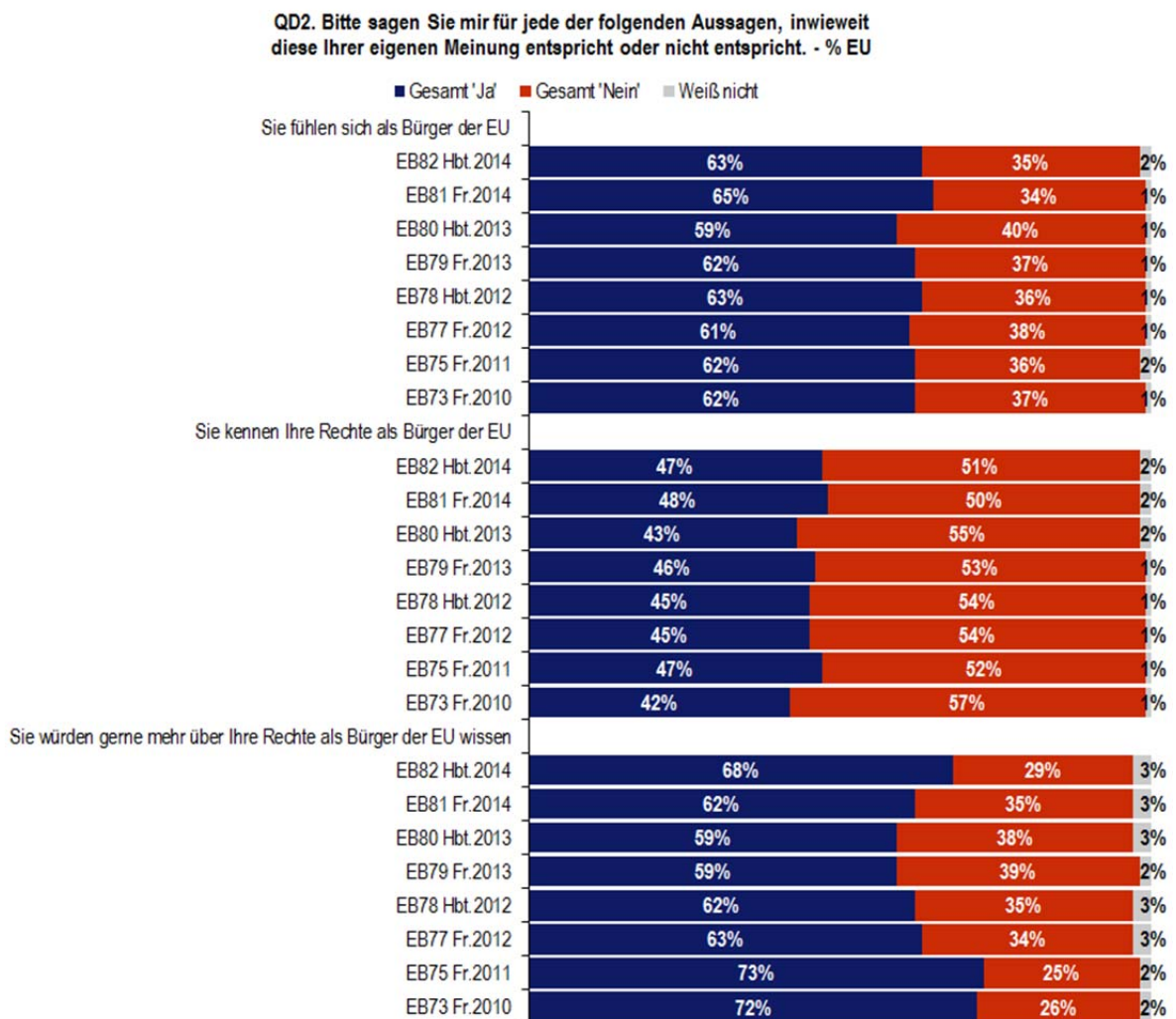
## IV. DIE EUROPÄISCHE STAATSBÜRGERSCHAFT

### 1. DAS GEFÜHL, BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: TREND

Eine große Mehrheit der Europäer fühlt sich als Bürger der EU (63% insgesamt „Ja“). Nach einer großen Zunahme dieses Gefühls zwischen Herbst 2013 und Frühjahr 2014 (+6 Prozentpunkte) ist die Zustimmung zu dieser Ansicht aktuell um zwei Prozentpunkte zurückgegangen. Mehr als ein Drittel der Europäer empfindet sich hingegen nicht als EU-Bürger (35% insgesamt „Nein“, +1).

Der Anteil der Befragten, der angibt, seine Rechte als Bürger der EU zu kennen, bleibt insgesamt stabil: 47% der Europäer sind der Meinung, dass sie diese Rechte kennen (-1 Prozentpunkt), während 51% gegenteiliger Ansicht sind (+1).

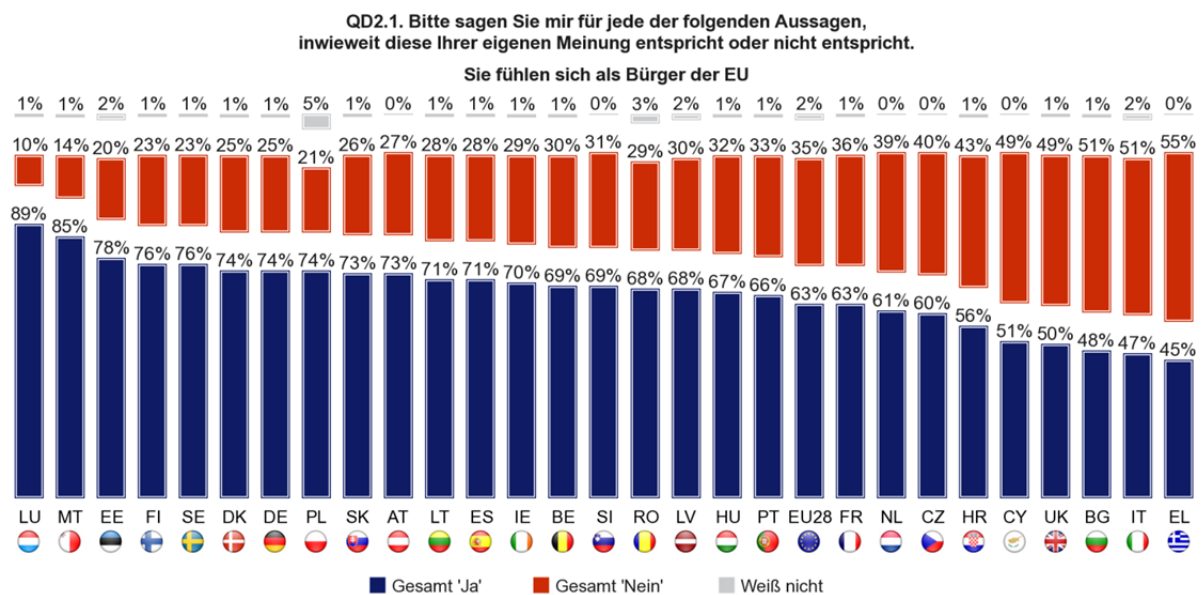
Mehr als zwei Drittel der Europäer würden gerne mehr über ihre Rechte als Bürger der EU wissen (68% insgesamt „Ja“ gegenüber 29% insgesamt „Nein“). Dieser Anteil hat seit dem Frühjahr 2014 zugenommen, wobei der aktuelle Anstieg um sechs Prozentpunkte der höchste ist, der seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2010 (EB73) registriert worden ist, als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde.



## 2. DAS GEFÜHL, BÜRGER DER EUROPÄISCHEN UNION ZU SEIN: NATIONALE ERGEBNISSE

In 25 Mitgliedstaaten empfindet sich eine Mehrheit der Befragten als EU-Bürger: dieses Gefühl ist besonders in Luxemburg (89%) und auf Malta (85%) weit verbreitet, kann aber auch in Estland (78%), Finnland (76%), Schweden (76%), Dänemark (74%), Deutschland (74%), Polen (74%), der Slowakei (73%) und Österreich (73%) große Anteile der Befragten auf sich vereinen. In Griechenland (55%), Italien (51%) und Bulgarien (51%) empfindet sich dagegen mehr als die Hälfte der Europäer nicht als Bürger der EU.

Der Anteil der Befragten, die sich als EU-Bürger fühlen, ist in neun Mitgliedstaaten gestiegen, wobei er am deutlichsten in Ungarn (67%, +8 Prozentpunkte seit Frühjahr 2014), in Rumänien (68%, +7) und in Lettland (68%, +6) zugenommen hat. In sechs Ländern ist er unverändert geblieben und in 13 zurückgegangen, wobei diese Anteilsverluste relativ begrenzt sind: am deutlichsten fallen sie in Deutschland (74%, -5), in Irland (70%, -4), in den Niederlanden (61%, -4), in Österreich (73%, -4) und in Griechenland (45%, -4) aus.

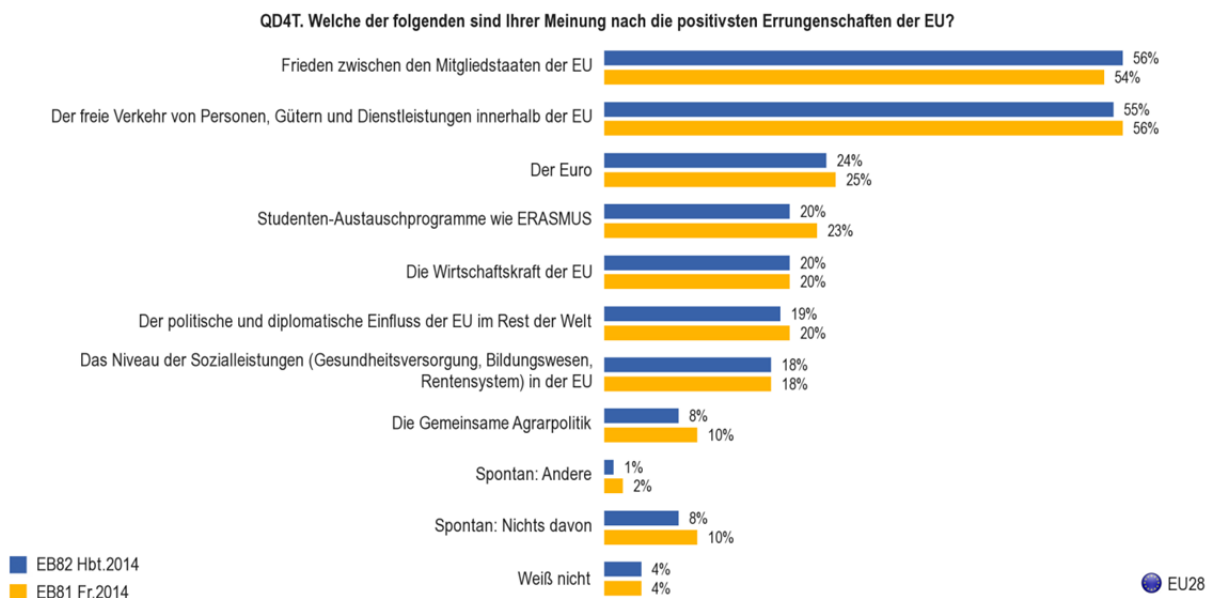




### 3. DIE POSITIVSTEN ERRUNGENSCHAFTEN DER EU: ENTWICKLUNGEN

Derzeit betrachten die Europäer den „Frieden zwischen den Mitgliedstaaten der EU“ als die positivste Errungenschaft der EU (56% der Antworten insgesamt, +2 Prozentpunkte seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2014), wobei diese Antwort mit dem Item „der freie Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU“ (55%, -1) beinahe gleichauf liegt. Seit die entsprechende Frage zum ersten Mal gestellt wurde, wurden beide Items stets von mindestens der Hälfte der Europäer genannt.

Mit deutlichem Abstand auf diese beiden Items folgt „der Euro“, der weiterhin Platz drei in der Rangfolge der positivsten Errungenschaft der EU belegt (24%, -1 Prozentpunkt). Weitere vier Items werden von etwa einem Fünftel der EU-Bürger genannt: „Studenten-Austauschprogramme wie ERASMUS“ (20%, -3), „die Wirtschaftskraft der EU“ (20%, unverändert), „der politische und diplomatische Einfluss der EU im Rest der Welt“ (19%, -1) und „das Niveau der Sozialleistungen (Gesundheitsversorgung, Bildungswesen, Rentensystem) in der EU“ (18%, unverändert).



## V. PRIORITÄRE THEMEN

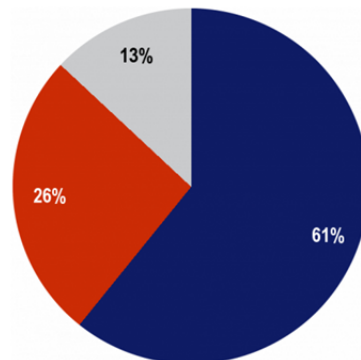
### 1. INVESTITIONEN

Mehr als sechs von zehn Europäern stimmen der Aussage zu, dass öffentliche Mittel genutzt werden sollten, um auf EU-Ebene Investitionen im privaten Sektor anzukurbeln (61%), während etwa ein Viertel dem nicht zustimmt (26%) und 13% der Befragten mit „Weiß nicht“ antworten.

In 28 Mitgliedstaaten ist eine Mehrheit der Bevölkerung mit dem Vorhaben einverstanden, öffentliche Mittel dafür zu nutzen, auf EU-Ebene Investitionen im privaten Sektor anzukurbeln.

QC2.6. Sagen Sie mir bitte für jede der folgenden Aussagen, ob Sie dieser voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder überhaupt nicht zustimmen.

Öffentliche Mittel sollten genutzt werden, um auf EU-Ebene Investitionen im privaten Sektor anzukurbeln



● Gesamt 'Stimme zu'  
● Gesamt 'Stimme nicht zu'  
● Weiß nicht

EU28



## 2. INDUSTRIE

„Die Anhebung des wirtschaftlichen Beitrags der Industrie zum BIP auf 20% bis 2020“ wird von mehr als der Hälfte der Europäer (51% „ungefähr angemessen“) als realistisches Ziel betrachtet. 17% halten dies für „zu ehrgeizig“ und 8% für „zu bescheiden“.

In 27 EU-Mitgliedstaaten ist eine Mehrheit der Befragten der Ansicht, dass die Anhebung des wirtschaftlichen Beitrags der Industrie zum BIP auf 20% bis 2020 ein ungefähr angemessenes Ziel ist.

**QB2.9. Bitte sagen Sie mir für jedes der nachfolgend genannten Ziele, die bis zum Jahr 2020 in der EU erreicht werden sollen, ob es Ihrer Meinung nach zu ehrgeizig, ungefähr angemessen oder zu bescheiden ist.**

Die Anhebung des wirtschaftlichen Beitrags der Industrie zum BIP auf 20% bis 2020

Ungefähr angemessen 51%

Zu ehrgeizig 17%

Zu bescheiden 8%

Weiß nicht 24%  EU28

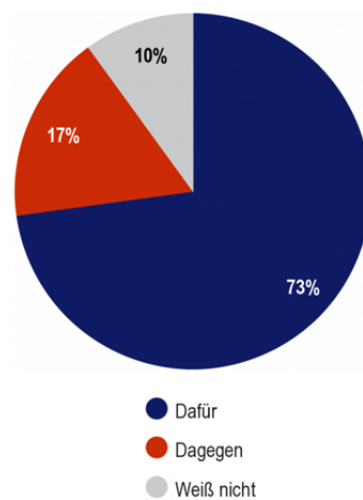
### 3. BEFÜRWORTUNG EINER GEMEINSAMEN ENERGIEPOLITIK ZWISCHEN DEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Nahezu drei Viertel der EU-Bürger befürworten eine gemeinsame Energiepolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten (73%). Weniger als ein Fünftel (17%) ist dagegen, während einer von zehn Europäern zu dieser Frage keine Meinung äußert.

In allen 28 EU-Mitgliedstaaten unterstützt eine Mehrheit der Bevölkerung eine gemeinsame Energiepolitik, wobei sich ihre Anteile zwischen 85% in Luxemburg und 61% im Vereinigten Königreich bewegen.

QA19.7. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Eine gemeinsame Energiepolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten



 EU28

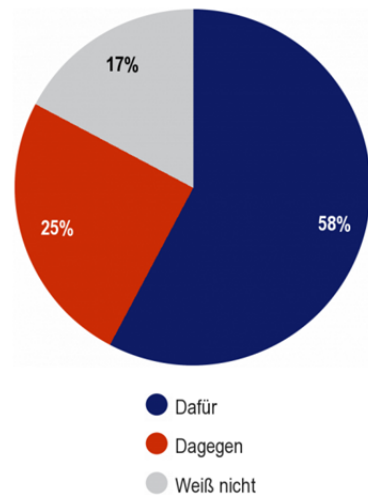
#### 4. BEFÜRWORTUNG EINES FREIHANDELS- UND INVESTITIONSABKOMMENS ZWISCHEN DER EU UND DEN USA

Eine Mehrheit der Europäer befürwortet ein Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA (58%). Ein Viertel der Befragten ist gegen ein solches Abkommen (25%) und 17% beantworten die entsprechende Frage mit „Weiß nicht“.

In 25 EU-Mitgliedstaaten spricht sich eine Mehrheit der Bevölkerung für ein Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA aus. Die drei Ausnahmen sind Österreich (39% gegenüber 53% „dagegen“), Deutschland (39% gegenüber 41%) und Luxemburg (40% gegenüber 43%).

QA19.5. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Ein Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA



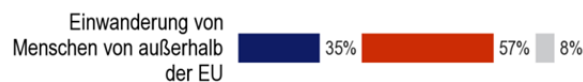
EU28

## 5. MIGRATION

Die „Einwanderung von Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten“ ist eine Vorstellung, die bei mehr als der Hälfte der Europäer ein positives Gefühl hervorruft (52%), während sie bei 41% ein negatives Gefühl auslöst. Insgesamt ist dieses Phänomen in 21 Mitgliedstaaten positiv besetzt, und zwar am deutlichsten in den nordischen Ländern – Schweden (82%), Finnland (76%), Dänemark (69%) – und in Luxemburg (72%).

Die Ergebnisse zur Einwanderung von außerhalb der EU unterscheiden sich recht deutlich von den obengenannten: Diese Vorstellung löst bei etwa einem Drittel der Europäer (35%) ein positives, bei einer Mehrheit (57%) jedoch ein negatives Gefühl aus. In 23 EU-Mitgliedstaaten hat eine Mehrheit der Bevölkerung eine negative Meinung zur „Einwanderung von Menschen von außerhalb der EU“.

QA11. Bitte sagen Sie mir, ob die folgenden Aussagen ein positives oder ein negatives Gefühl bei Ihnen hervorrufen.



■ Gesamt 'Positiv' ■ Gesamt 'Negativ' ■ Weiß nicht

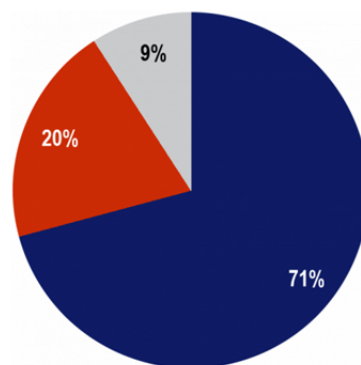
● EU28

## 6. BEFÜRWORTUNG EINER GEMEINSAMEN EUROPÄISCHEN EINWANDERUNGSPOLITIK

Mehr als sieben von zehn Europäern befürworten eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik, während sich 20% dagegen aussprechen. In allen 28 Mitgliedstaaten findet eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik die Unterstützung einer absoluten Mehrheit der Befragten, wobei deren Anteile zwischen 84% in Litauen und 59% in Österreich, in der Tschechischen Republik, im Vereinigten Königreich und in Finnland liegen.

QA19.6. Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen? Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

Eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik



● Dafür  
● Dagegen  
● Weiß nicht

 EU28

## SCHLUSSFOLGERUNG

Diese Standard-Eurobarometer-Befragung wurde im November 2014 (EB82) und somit einige Wochen nach der Ernennung der neuen Europäischen Kommission durch den Europäischen Rat am 23. Oktober 2014 durchgeführt. Die Amtszeit der neuen Kommission unter Führung ihres Präsidenten Jean-Claude Juncker begann am 1. November 2014.

Insgesamt konnten sich die Ergebnisse für die Indikatoren zur Unterstützung der EU seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2014 verbessern. **Eine Mehrheit der Europäer hat ein positives Bild von der EU.** Zum ersten Mal seit dem Frühjahr 2011 ist der Anteil der Europäer, bei denen die EU ein positives Bild hervorruft, größer als der Anteil derjenigen, die ein neutrales Bild mit ihr verbinden.

**Das Vertrauen in die EU hat ebenfalls zugenommen,** während das Misstrauen gegenüber der EU zwar zurückging, jedoch weiterhin Mehrheitsmeinung bleibt, die von mehr als der Hälfte der Bevölkerung geteilt wird.

**Vier von zehn Europäern glauben, dass ihre Stimme in der EU zählt. Dieser Anteil liegt somit weiterhin über den Ergebnissen der vorangegangenen Jahre. Er geht bei der aktuellen Befragung etwas zurück,** nachdem er bei der Standard-Eurobarometer-Befragung im Frühjahr 2014 wesentlich gestiegen war. Auch weiterhin meint jedoch eine absolute Mehrheit der Befragten, dass ihre Stimme in der EU nicht zählt.

**Der Anteil der Befragten, die optimistisch in die Zukunft der EU blicken, bleibt stabil,** was eine seit 2013 beobachtbare positive Entwicklung bestätigt: mehr als die Hälfte der Europäer bezeichnen sich als für die Zukunft der EU optimistisch (unverändert), während der Pessimismus in dieser Frage leicht abnahm.

**Wirtschaftsthemen werden erneut sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene am häufigsten als die wichtigsten aktuellen Probleme bezeichnet,** obwohl die entsprechenden Anteile zurückgehen. **Gleichzeitig nimmt die Sorge um die Einwanderung weiter zu:** sie belegt inzwischen Rang drei der wichtigsten Probleme auf nationaler Ebene, nach der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Lage; und Rang vier auf europäischer Ebene, nach der wirtschaftlichen Lage, der Arbeitslosigkeit und der Lage der öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten.

Etwa ein Drittel der Europäer meint, dass **die nationale wirtschaftliche Lage** „gut“ ist, während beinahe zwei Drittel diese für „schlecht“ halten. Auch weiterhin ergibt sich hierbei ein in den einzelnen Mitgliedstaaten sehr unterschiedliches Meinungsbild, wobei der Abstand zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Anteil, der insgesamt auf „gut“ entfällt, unverändert 79 Prozentpunkte beträgt.

**Im Hinblick auf die Auswirkungen der Krise auf den Arbeitsmarkt sind die Europäer geteilter Meinung:** eine Mehrheit ist der Ansicht, dass „das Schlimmste noch bevorsteht“, während ein ähnlich hoher Anteil glaubt, dass „der Höhepunkt dieser Auswirkungen bereits erreicht ist“.

Die Erwartungen an die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten 12 Monaten haben sich verschlechtert: **Der Pessimismus überwiegt erneut**, und zwar sowohl im Hinblick auf die nationale als auch auf die europäische wirtschaftliche Ebene.

**Die Unterstützung des Euros** hat seit der Standard-Eurobarometer-Befragung vom Frühjahr 2013 zum dritten Mal in Folge leicht zugenommen.

Eine große Mehrheit der Europäer **fühlt sich als Bürger der EU**, obwohl ihre Anzahl etwas geringer ist als im Frühjahr 2014. Nahezu die Hälfte der Europäer erklärt, ihre Rechte als Bürger der EU zu kennen, und mehr als zwei Drittel würden gerne mehr über diese Rechte wissen, wobei dieser Anteil im Ergebnis der aktuellen Befragung wesentlich zugenommen hat. In der Tat handelt es sich um den deutlichsten Anstieg dieses Indikators seit dem Frühjahr 2010, als diese Frage zum ersten Mal gestellt wurde.

**Der Frieden zwischen den Mitgliedstaaten der EU und der freie Verkehr von Personen, Gütern und Dienstleistungen innerhalb der EU gelten weiterhin als die positivsten Errungenschaften der EU:** beide werden von einer absoluten Mehrheit der Europäer als solche bezeichnet und dabei mehr als doppelt so häufig wie alle anderen Items genannt. Auf Platz drei dieser Rangfolge folgt der Euro, für den sich etwa ein Viertel der Europäer entscheidet.

Mehr als sechs von zehn Europäern stimmen der Aussage zu, dass **öffentliche Mittel genutzt werden sollten, um auf EU-Ebene Investitionen im privaten Sektor anzukurbeln**, wobei in allen EU-Mitgliedstaaten eine Mehrheit der Befragten diese Ansicht teilt.

**Das Ziel einer Anhebung des wirtschaftlichen Beitrags der Industrie zum BIP auf 20% bis 2020** wird als erreichbar betrachtet: mehr als die Hälfte der Europäer bezeichnet es als „ungefähr angemessen“.

Nahezu drei Viertel der Europäer befürworten eine **gemeinsame Energiepolitik zwischen den EU-Mitgliedstaaten**. Eine absolute Mehrheit unterstützt zudem **ein Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und den USA**.

Die Meinungen zur Migration fallen unterschiedlich aus, und zwar abhängig davon, ob von Migranten aus anderen EU-Mitgliedstaaten oder von außerhalb der EU die Rede ist: mit der **Einwanderung von Menschen aus anderen EU-Mitgliedstaaten** verbindet eine Mehrheit der Europäer positive Vorstellungen, während für die **Einwanderung von außerhalb der EU** das Gegenteil gilt. Insgesamt sprechen sich mehr als sieben von zehn Europäern für eine gemeinsame europäische Einwanderungspolitik aus.

## STANDARD-EUROBAROMETER 82

### Die öffentliche Meinung in der Europäischen Union TECHNISCHE SPEZIFIKATIONEN

Zwischen dem 8 und dem 17 November 2014 hat TNS opinion & social, ein Konsortium aus TNS political & social, TNS UK und TNS opinion, im Auftrag der EUROPÄISCHEN KOMMISSION, Generaldirektion Kommunikation, Referat „Strategie, Corporate Communication Maßnahmen und Eurobarometer“, die EUROBAROMETER-Umfragerunde 82.3 durchgeführt.

Der Welle 82.3 ist die STANDARD-EUROBAROMETER 82 Umfrage und deckt die Bevölkerung mindestens 15-jähriger Personen ab, die über die Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates verfügen und in einem der 28 Mitgliedstaaten der Europäischen Union ihren Wohnsitz haben.

Die STANDARD-EUROBAROMETER 82 Umfrage wurde außerdem in den sechs Bewerberländern (Türkei, die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Island, Montenegro, Serbien und Albanien) sowie in der türkisch-zyprischen Gemeinschaft durchgeführt. In diesen Ländern wurden die einheimische Bevölkerung und die Bürger aller EU-Mitgliedsländer befragt, die ihren Wohnsitz in diesen Ländern haben und eine der Landessprachen ausreichend beherrschen, um den Fragebogen beantworten zu können.

Zu diesem Zweck wurden aus den "regionalen Verwaltungseinheiten" nach einer Schichtung pro Einzeleinheit und nach Regionstypen, diese Erhebungspunkte systematisch durch Ziehung ermittelt. Sie repräsentieren so das Gesamtgebiet des an der Studie teilnehmenden Landes, nach EUROSTAT-NUTS II (oder entsprechendem) und nach der Verteilung der nationalen Wohnbevölkerung in Bezug auf großstädtische Ballungszentren sowie städtische und ländliche Gebiete. Für jeden der Erhebungspunkte wurde nach dem Zufallsprinzip eine Ausgangsadresse gezogen. Die weiteren Adressen (jede n-te Adresse) wurden daraufhin ausgehend von der Ausgangsadresse nach einem Random-Route-Verfahren ausgewählt. In jedem Haushalt wurde dann der Befragte nach einem Zufallsprinzip bestimmt (nach der Regel des „zeitlich am nächsten liegenden Geburtstags“). Alle Interviews wurden von Angesicht zu Angesicht mit dem Befragten und in der jeweiligen Landessprache durchgeführt. Was die Technik der Datensammlung betrifft, wurde in allen Ländern, in denen dies möglich war, das CAPI-System (Computer Assisted Personal Interview) eingesetzt.

In jedem Land wurde ein Vergleich der Stichprobe mit der Grundgesamtheit durchgeführt. Die Beschreibung der Grundgesamtheit basiert auf den Bevölkerungsdaten von EUROSTAT bzw. den von den nationalen Statistik-Instituten stammenden Daten. Für alle von der Studie abgedeckten Länder wurde auf der Basis dieser Beschreibung der Grundgesamtheit ein Verfahren zur nationalen Gewichtung ausgearbeitet (unter Einbeziehung von Marginal- und Kreuzgewichtungen). In allen Ländern wurden das Geschlecht, das Alter, die Regionen und die Siedlungsgröße in das Iterationsverfahren einbezogen. Für die internationale Gewichtung (z.B. EU-Mittelwerte) hat TNS Opinion & Social auf die offiziellen, von EUROSTAT oder den nationalen Statistik-Instituten herausgegebenen Zahlen zurückgegriffen. Die vollständigen Bevölkerungszahlen, die in dieses Verfahren der nachträglichen Gewichtung eingeflossen sind, sind unten angegeben.



Der Leser sollte darauf hingewiesen werden, dass es sich bei den Ergebnissen einer Umfrage stets um Schätzungen handelt, deren Genauigkeit – bei sonst gleichen Voraussetzungen – von der Stichprobengröße und dem Stichprobenanteil abhängig ist. Für eine Stichprobengröße von ungefähr 1.000 Interviews, schwanken die wahren Werte innerhalb der folgenden Konfidenzintervalle:

Statistische Margen aufgrund der Probenahme (auf dem 95% Konfidenzniveau)											
<i>Verschiedene Stichprobengrößen sind in Reihen</i>						<i>beobachteten Ergebnisse sind in: verschiedenen Spalten</i>					
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	
N=50	6,0	8,3	9,9	11,1	12,0	12,7	13,2	13,6	13,8	13,9	N=50
N=500	1,9	2,6	3,1	3,5	3,8	4,0	4,2	4,3	4,4	4,4	N=500
N=1000	1,4	1,9	2,2	2,5	2,7	2,8	3,0	3,0	3,1	3,1	N=1000
N=1500	1,1	1,5	1,8	2,0	2,2	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	N=1500
N=2000	1,0	1,3	1,6	1,8	1,9	2,0	2,1	2,1	2,2	2,2	N=2000
N=3000	0,8	1,1	1,3	1,4	1,5	1,6	1,7	1,8	1,8	1,8	N=3000
N=4000	0,7	0,9	1,1	1,2	1,3	1,4	1,5	1,5	1,5	1,5	N=4000
N=5000	0,6	0,8	1,0	1,1	1,2	1,3	1,3	1,4	1,4	1,4	N=5000
N=6000	0,6	0,8	0,9	1,0	1,1	1,2	1,2	1,2	1,3	1,3	N=6000
N=7000	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,1	1,1	1,1	1,2	1,2	N=7000
N=7500	0,5	0,7	0,8	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	1,1	N=7500
N=8000	0,5	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,1	1,1	1,1	N=8000
N=9000	0,5	0,6	0,7	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	1,0	N=9000
N=10000	0,4	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	1,0	1,0	1,0	N=10000
N=11000	0,4	0,6	0,7	0,7	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	N=11000
N=12000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,8	0,8	0,9	0,9	0,9	0,9	N=12000
N=13000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,9	0,9	N=13000
N=14000	0,4	0,5	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	N=14000
N=15000	0,3	0,5	0,6	0,6	0,7	0,7	0,8	0,8	0,8	0,8	N=15000
	5%	10%	15%	20%	25%	30%	35%	40%	45%	50%	
	95%	90%	85%	80%	75%	70%	65%	60%	55%	50%	

ABK.	LÄNDER	INSTITUT	ZAHL DER INTERVIEWS	FELDZEIT		BEVÖLKERUNG 15+	ANTEIL EU28
BE	Belgien	TNS Dimarso	1.001	8/11/14	17/11/14	9.263.570	2,18%
BG	Bulgarien	TNS BBSS	1.006	8/11/14	17/11/14	6.294.563	1,48%
CZ	Tschech.Rep.	TNS Aisa	1.055	8/11/14	17/11/14	8.955.829	2,11%
DK	Dänemark	TNS Gallup DK	1.004	8/11/14	17/11/14	4.625.032	1,09%
DE	Deutschland	TNS Infratest	1.610	8/11/14	17/11/14	71.283.580	16,79%
EE	Estland	TNS Emor	1.002	8/11/14	17/11/14	1.113.355	0,26%
IE	Irland	Behaviour & Attitudes	1.002	8/11/14	17/11/14	3.586.829	0,84%
EL	Griechenland	TNS ICAP	1.009	8/11/14	17/11/14	8.791.499	2,07%
ES	Spanien	TNS Spain	1.055	8/11/14	17/11/14	39.506.853	9,31%
FR	Frankreich	TNS Sofres	1.012	8/11/14	17/11/14	51.668.700	12,17%
HR	Kroatien	HENDAL	1.027	8/11/14	17/11/14	3.625.601	0,85%
IT	Italien	TNS Italia	1.016	8/11/14	17/11/14	51.336.889	12,09%
CY	Zypern	CYMAR	500	8/11/14	17/11/14	724.084	0,17%
LV	Lettland	TNS Latvia	1.003	8/11/14	17/11/14	1.731.509	0,41%
LT	Litauen	TNS LT	1.002	8/11/14	17/11/14	2.535.329	0,60%
LU	Luxemburg	TNS ILReS	507	8/11/14	17/11/14	445.806	0,11%
HU	Ungarn	TNS Hoffmann	1.061	8/11/14	17/11/14	8.477.933	2,00%
MT	Malta	MISCO	506	8/11/14	17/11/14	360.045	0,08%
NL	Niederlande	TNS NIPO	1.010	8/11/14	17/11/14	13.901.653	3,27%
AT	Österreich	ipr Umfrageforschung	1.032	8/11/14	17/11/14	7.232.497	1,70%
PL	Polen	TNS Polska	1.033	8/11/14	17/11/14	32.736.685	7,71%
PT	Portugal	TNS Portugal	1.005	8/11/14	17/11/14	8.512.269	2,01%
RO	Rumänien	TNS CSOP	1.018	8/11/14	17/11/14	16.880.465	3,98%
SI	Slowenien	RM PLUS	1.046	8/11/14	17/11/14	1.760.726	0,41%
SK	Slowakei	TNS Slovakia	1.037	8/11/14	17/11/14	4.580.260	1,08%
FI	Finnland	TNS Gallup Oy	1.002	8/11/14	17/11/14	4.511.446	1,06%
SE	Schweden	TNS Sifo	1.023	8/11/14	17/11/14	7.944.034	1,87%
UK	Vereinigtes Königreich	TNS UK	1.317	8/11/14	17/11/14	52.104.731	12,27%
<b>GESAMT EU28</b>			<b>27.901</b>	<b>2/11/13</b>	<b>17/11/13</b>	<b>424.491.772</b>	<b>100%*</b>

\* Es ist zu beachten, dass die in dieser Tabelle angegebene Gesamtprozentzahl durch Rundung 100% übersteigen können

CY(tcc)	Türkisch-zyprische Gem.	KADEM	500	8/11/14	17/11/14	143.226
TR	Türkei	TNS Piar	1.087	8/11/14	17/11/14	54.844.406
MK	Ehemalige jugoslawische Rep. Mazedonien	TNS BRIMA	1.057	8/11/14	14/11/14	1.678.404
IS	Island	Capacent	500	8/11/14	17/11/14	252.277
ME	Montenegro	TNS Medium Gallup	536	10/11/14	16/11/14	492.265
RS	Serbien	TNS Medium Gallup	1.017	10/11/14	17/11/14	6.409.693
AL	Albanien	TNS BBSS	1.064	8/11/14	17/11/14	2.221.572
<b>TOTAL</b>			<b>32.598</b>	<b>8/11/14</b>	<b>17/11/14</b>	<b>490.533.615</b>